



Evangelische

Verantwortung

Diakonie heute – christliche Verantwortung in gesellschaftlicher Vielfalt

Gerhard Weiser

Die diakonische Tätigkeit der Kirche war zu keiner Zeit ihrer Geschichte unumstritten. Und dennoch zieht sich diese Tätigkeit vom Tischdienst in der Alten Kirche über die karitativen Tätigkeiten mittelalterlicher Klöster bis hin zur vielfältigen Tätigkeit evangelischer Diakonie und römisch-katholischer Caritas im modernen Rechts- und Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland. Dabei hat die diakonische Tätigkeit der Kirche immer eines ausgezeichnet: Christen mit offenen Augen und Herzen sahen in einer sich stetig verändernden Welt, wo es zu helfen galt und zu helfen gilt.

Diakonie bedeutet die zwischenmenschliche Analogie des Liebeswerkes Gottes in Jesus Christus an den Menschen. Diakonie ist eine Ausdrucksform dessen, was fast schon als Binsenweisheit gilt: Wer Liebe erfährt, gibt Liebe leichter weiter. Insofern ist die Bereitschaft zum diakonischen Handeln auch ein Indikator dafür, daß in Menschen das Liebeswerk Gottes in Jesus Christus fortlebt.

Diakonie stellt sich neuen Herausforderungen

Nun könnte man sagen, daß Diakonie auf die helfende Tätigkeit zwischen Christen beschränkt sein sollte. Für diese An-

mir eine solche Haltung den missionarischen Auftrag der Kirche zu verkennen. Mission geschieht heute wie früher nicht allein durch die Verkündigung der frohen Botschaft, des Wortes Gottes; sie gewinnt an Glaubwürdigkeit durch die gute Tat, mit der Christen „ihrem kranken Nächsten“, wie Martin Luther es treffend formuliert hat, helfend zur Seite stehen. Dabei bedingt die Ausweitung der diakonischen Arbeit in der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, daß innerhalb der Diakonie immer wieder auf die Grundlage des Handelns deutlich hinzuweisen ist, nämlich auf das Erlösungsangebot als Liebestat, welches uns Gott in Jesus Christus macht.

Eine viertel Million Menschen sind hauptamtlich in der Diakonie beschäftigt bei etwa 20 000 Rechtsträgern diakonischer Einrichtungen und Dienste allein in unserem Gemeinwesen – eine Bilanz, die zeigt: ohne den christlichen Beitrag in der Diakonie und Caritas wären die Grundlagen unseres sozialen Lebens erschüttert. Diese Konsequenzen muß jeder bedenken, der zu einem Rückzug der Kirchen aus den sozialen Diensten rät, welche bekanntlich in unserem Staat nach dem Grundsatz der Subsidiarität aufgebaut sind. Ein solcher Rückzug hätte zur Folge, daß im sozialen Bereich die „Staatsquote“ ausufernde würde und mehr als bisher Anonymität Einzug hielte.

Hingegen hat es die Diakonie in lobenswerter Weise verstanden, sich stets aufs

Fortsetzung nächste Seite

Lieber Leser,

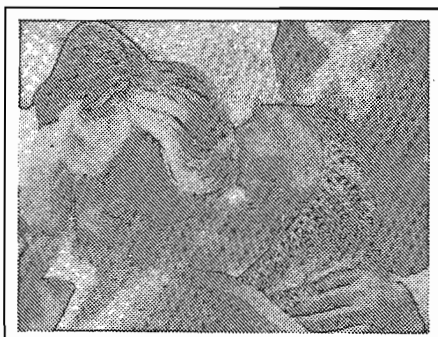
Sie haben uns Kritik und Zustimmung zu der Neugestaltung der „Evangelischen Verantwortung“ wissen lassen. Wir sind Ihnen dankbar dafür. Kritische Anregungen haben wir, wo es möglich war, berücksichtigt.

Fragen der Sozial- und Gesellschaftspolitik stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe: „Welches System sozialer Sicherungen ist einer Industriegesellschaft gemäß“ (S. 2). „Wie werden wir die Arbeit... und die Freizeit organisieren...“ (S. 4). Die Überlegungen unserer Autoren wollen Sie zum Mit- und Weiterdenken anregen.

Vierzig Jahre Grundgesetz sind Anlaß, sich Gedanken zu machen, in welcher Weise unsere demokratische Grundordnung einem konstruktiven Miteinander von Staat und Kirche Raum gegeben hat. Daher spricht im Rahmen unseres 11. „Bonner Theologischen Gesprächs“ am 8. Mai 1989, um 19.00 Uhr, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, Landesbischof i.R. Prof. D. Eduard Lohse über „Die evangelische Kirche im demokratischen Staat.“

Sie sind herzlich eingeladen, dabei zu sein.

Ihre
Redaktion



Diakonisches Handeln ist immer auch seelische Hilfe. Foto: Paul Glaser

schauung nenne ich als Beispiel aus der Kirchengeschichte das Innenleben von weltgeschichtlichen Klöstern. Doch scheint

Neue flexibel neuen Herausforderungen auszusetzen, Aufgaben anzunehmen und zu lösen. Ich nenne als Beispiel die Betreuung von Menschen, die aus ihrer früheren Heimat zu uns kommen; als weiteres Beispiel die Betreuung psychisch kranker Menschen am Arbeitsplatz, die sehr viel Individualität und persönliche Zuwendung erfordert, und schließlich unter Hinweis auf deren flächendeckende Ausbreitung im Land Baden-Württemberg die Sozialstationen mit ihren vielfältigen Aufgaben für kranke und alte Menschen. Dieses Angebot seitens der Kirchen oder auch des Staates zu beschneiden, hieße ein soziales Vakuum entstehen zu lassen, das sich nur schwer wieder füllen würde.

Im September 1988 wies der Vizepräsident des Diakonischen Werkes der EKD, Professor Fritz-Joachim Steinmeyer, in der „Evangelischen Verantwortung“ mit Recht darauf hin, daß Diakonie eine Lebens- und Wesensäußerung der Kirche sei. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf Friedrich Naumann. Insbesondere der Aspekt „Diakonie als Ausdruck kirchlicher Vitalität“ verdient dabei neue Beachtung. Prof. Steinmeyer wies darauf hin, daß in vielen Bereichen das Engagement und Opfer von Christen und ihrer Kirche kaum mehr notwendig sei, um diakonisches Handeln zu ermöglichen. An diesem Punkt zeigt sich die Notwendigkeit einer inneren Verknüpfung von „Dia-



Dr. Gerhard Weiser: Diakonisches Handeln mit christlicher Verkündigung verbinden.

konie“ und „Mission“. Nur eine missionierende, eine offensive, eine vitale Kirche kann auf Dauer einen spezifischen Beitrag innerhalb des vielfältigen sozialen Handelns einer pluralistischen Gesellschaft leisten. „Christliche“ Verantwortung ist es, die in gesellschaftlicher Vielfalt wirksam werden soll. Fehlt dieses Spezifikum, würde sich „Diakonie“ in einem allgemeinen sozialen Handeln auflösen.

In diesem Zusammenhang ermuntere ich dazu, diakonisches Handeln mit den verschiedenen Formen christlicher Verkündigung und christlichen Gottesdienstes zu verbinden. Sicherlich ist dies nicht so vorstellbar, daß vor jedem Anlegen eines Verbandes ein Gebet gesprochen werden soll; doch tut es not, seitens unseres haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiters sich der Wurzeln des eigenen

Handelns zu besinnen und diese deutlich zu machen. Diese Wurzeln laufen immer wieder im Bekenntnis zur Liebestat Gottes in Jesus Christus zusammen.

Keine Verengung kirchlichen Handelns auf das Politische

Gerade im diakonischen Handeln wird immer wieder bewußt, daß Menschen sich nicht selbst erlösen sollen und selbst erlösen können. In Vorwegnahme der letzten Dinge gewinnt der Christ jedoch Heilsgewißheit durch die Botschaft, daß Jesus Christus als der Erlöser (neutestamentlich: *sotér*) auf diese Welt gekommen ist. Diese Basis ist zu erkennen und zu verdeutlichen, wenn diakonisches Handeln wirklich umfassend wirksam werden soll, also nicht nur in der Lösung konkreter sozialer Aufgaben, sondern ebenso als Vermittlung von Heilsgeschehens und als seelische Hilfe.

Genau in dieser Hinsicht warne ich dringend vor Engführungen, etwa in der Reduktion oder Konzentration kirchlichen Handelns auf das Politische. Zwar hat jedes Handeln von Christen und Nichtchristen immer auch eine politische Dimension, doch gewinnt es aus dieser Dimension eben genau nicht seinen spezifischen Charakter. Wenn Christen dem Irrtum aufsitzen, der Mensch könne „alles machen“, wenn er nur politisch dies oder jenes tut, verlieren sie das Zentrum ihres Handelns und ihres Glaubens.

Gerade aus der Sicht des Politikers in diakonischer Verantwortung ist zu beobachten, daß beide Tätigkeitsbereiche nicht wahrnehmbar wären, wüßte man nicht um die Existenz des Menschen und des Politikers als „Sünder und Gerechtfertigter“ zugleich, wie Martin Luther sie aus der neutestamentlichen Botschaft heraus erklärt hat. „*Simul iustus et peccator*“ ist die unverändert gültige Formel für den Menschen in der Verantwortung als Christ (in Politik und Diakonie).

Hierauf lohnt die Rückbesinnung ebenso wie auf die Forderung an die Christen, mit dem eigenen Opfer, ja unter einem spürbaren Verzicht auf eigenes Geld oder eigene Vorteile, ihre Verantwortung unter Christen und in einer pluralistischen Gesellschaft wahrzunehmen. Diese Rückbesinnung mahnt die Verantwortung des einzelnen an. Sie ist insofern konservativ, als sie altkirchliches diakonisches Leben wieder in unsere Gedanken zurückruft und für die moderne Zeit bewahrt. Sie ist insofern zukunftsgerichtet, als sie eine durch die Zeiten entscheidende Komponente für glaubwürdiges diakonisches Handeln als „mitmenschliche und missionarische Liebestat“ beschreibt.

Ann.: Dr. Gerhard Weiser ist Minister für den ländlichen Raum, Landwirtschaft und Forsten in Stuttgart und Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Wohin mit der Sozialpolitik?

Werner Steinjan

Die Reform der Krankenversicherung ist so gut wie abgeschlossen, die der Rentenversicherung auf den Weg gebracht. Ob für beide das Wort Reform zu anspruchsvoll ist, kann man offenlassen. Es war und ist mutig, Gesetze einzubringen, die nicht nur Geschenke sind. Ist damit aber nicht auch vorerst die Kraft zu Neuem erschöpft und die in der Überschrift gestellte Frage unzeitgemäß?

Die Gegenfrage lautet: Wird das, was seit 1982 in der Sozialpolitik geleistet worden ist, dem Anspruch, eine Wende eingeleitet zu haben, gerecht? Kann die unausweichliche Konsolidierung im Bereich der Gesundheits- und Alterssicherung als Abschluß und zugleich Bestätigung des bisherigen Kurses angesehen werden? Oder ist nicht

gerade die vorläufige Lösung akuter Probleme zugleich auch ein Anlaß, die Frage nach dem künftigen Kurs neu zu stellen?

Vor nunmehr 16 Jahren hat die Kammer für Soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Denkschrift zur Sozialen Sicherung im Industriezeitalter vorgelegt. Das

Leitthema war: Welches System sozialer Sicherung ist einer Industriegesellschaft gemäß? In ihr ist nicht mehr die Großfamilie; die Dorfgemeinschaft tragende wirtschaftliche Einheit, sondern die ganze Volkswirtschaft, die Gesamtgesellschaft und damit eine für den einzelnen nicht mehr überschaubare anonyme Größe.

Was ist in dieser nicht mehr auf persönliche Zuordnung gegründeten Gesellschaft notwendig, um die so gut wie deckende soziale Sicherung der vergange-

nen Agrargesellschaft ordnungsadäquat zu ersetzen? Die Antwort lautet: Die großen sozialen Risiken, vor allem Alters-einkommen, Gesundheit und Krankheit, Beschäftigung, müssen gesellschaftlich abgesichert werden. Der einzelne, die kleine noch bestehende Gemeinschaft, kann dem nicht mehr gerecht werden.

Soziale Sicherung heute

Damit ergibt sich eine Änderung der herkömmlichen Rangfolge der Subsidiarität. Diese

These, daß bei den großen Risiken die Gesamtheit zuerst einzutreten hat und die personale Gemeinschaft (in der Diktion von heute) Restrisiken übernimmt, ist damals scharf kritisiert, aber auch nicht zu Ende diskutiert worden. An den Fakten hat sich nichts geändert. Die großen Risiken bedürfen von vornherein einer gesellschaftlich organisierten Sicherung. Man kann nicht erst abwarten, ob der einzelne oder personale Gruppen damit fertig werden. Das heißt nicht, daß es nunmehr keine Eigenverantwortung mehr gibt. Es bleibt nach wie vor genug Raum für Subsidiäres, aber die Einzelfelder haben sich gewandelt. Die im eigentlichen Sinne persönliche Hilfe, die Zuwendung von Mensch zu Mensch, ist institutionell nur unvollkommen oder gar nicht darstellbar. Die materielle Sicherung aber kann und muß weiterhin, wenn auch nicht ausschließlich, gesellschaftlich gedeckt werden.

Das System der sozialen Sicherungen ist seit dem Erscheinen der Denkschrift weiter ausgebaut worden und inzwischen so gut wie deckend – bis auf einen Bereich. Der Anteil der alten Menschen an der Bevölkerung hat inzwischen eine Größe erreicht, die ein neues Problem sichtbar macht: Pflege im Alter! Heute beträgt der Anteil der 80jährigen bereits 3,5%; bis zum Jahre 2030 wird er auf 8(!) % steigen.

„Pflege in der Familie“ noch organisiert werden?

Der naheliegende Gedanke, wie gewohnt ein neu auftretendes soziales Defizit auch durch eine neue soziale Institution abzudecken, also hier durch eine Pflegeversicherung, stößt an Grenzen. Sie sind zunächst ökonomischer Art. Stationäre Versorgung ist kostspielig. Wenn sie zum Regelfall werden sollte, hätten wir ein neues, die Belastung der Erwerbseinkommen hochtreibendes Sicherungssystem. Aber Pflegebedarf ist nicht nur ein ökonomisches Problem. Persönliche Zuwendung läßt sich nur schwer organisieren.

Wie lange aber noch kann die kinderarme Gesellschaft damit rechnen, daß Pflege im bisherigen Umfang personal geleistet werden wird? Der steigende Anteil alter Menschen wie die wachsende Zahl der Ein-Personen-Haushalte signalisieren hier einen neuen Mangel. Er wird institutionell nur begrenzt aufgefangen werden können.

Wenn bei uns immer noch 4/5 der Pflegebedürftigen in der Familie versorgt werden, bedeutet das zwar eine erhebliche, im Sozialbudget nicht verzeichnete Leistung und zugleich Belastung einzelner, aber auch einen humanen Vorzug, sofern notwendige fachliche und vielleicht auch finanzielle Hilfe von außen dazukommt. Auch hier bedarf

Dienste zu Tariflöhnen im Umfang des in der Familie Geleisteten nicht zu bezahlen und kaum zu organisieren sind. Das heißt nicht, hier Institutionalisierung überhaupt abzulehnen. Auch der Pflegebedarf wird nicht ohne gesellschaftliche Organisation gedeckt werden können. Aber man muß die Grenzen sehen. So stieg in den Niederlanden nach Einführung der Pflegeversicherung der Anteil der stationären Pflege auf das Dreifache. Eine solche Expansion stellt finanziell wie personal kaum lösbare Probleme. Die Vergesellschaftung ist also kein einfaches Patentrezept, die Erhaltung der familiären Pflege eine Notwendigkeit.

Damit kommt man zur Frage, was in Zukunft sozialer Fortschritt heißen soll. Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, ist die Antwort einfach. Das System ist ständig erweitert und ausgebaut worden. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt) stieg von 16,4 % im Jahre 1955 über 28,1 % im Jahre 1972 auf 32,9 % im Jahre 1981. Sie liegt seitdem bei etwas über 31 %. Diese Entwicklung galt und gilt als Erfolgsbilanz.

Aber kann sozialer Fortschritt weiterhin vorzugsweise als bloß quantitativ meßbarer Wert verstanden werden? Eine steigende Inanspruchnahme des Bruttosozialprodukts durch soziale Transfers ist schon rein logisch keine endlose Straße. Was bedeutet es für das Bewußtsein der Bürger eines demokratischen Staates, wenn sie immer mehr daran gewöhnt werden, daß ihnen der Staat alle Risiken abnimmt? Freiheit gibt es nicht ohne Risiko und einen demokratischen Staat nicht ohne freie Bürger. Und Freiheit wird zuerst im Alltag erlebt und nicht beim Anhören von Sonntagsreden. Sollte also Fortschritt in einer immer noch der Freiheit verpflichteten Ordnung nicht heißen, dem einzelnen allmählich wieder etwas mehr Verantwortung – und zwar auch konkret ökonomisch – zuzumuten?

stem sozialer Sicherungen trägt wesentlich zu einer weithin konfliktfreien Gesellschaft bei. Das gilt gerade auch für die Wirtschaft. So gesehen kann man geradezu von einem 4. Produktionsfaktor sprechen. Eine Abkehr vom System, eine Umkehr in die Romantik brächte dagegen hohe Risiken mit sich und wäre alles andere als ein sozialer Fortschritt.

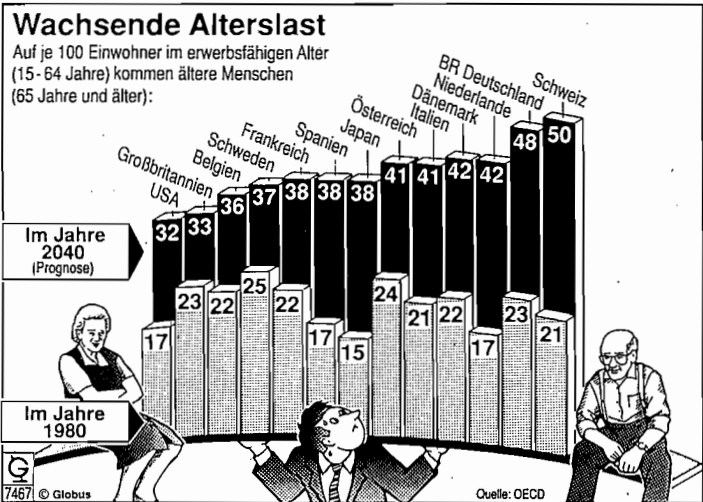
Sozialer Fortschritt kein quantitativ bemessenes „Mehr“

Es muß darüber nachgedacht werden, ob wir nicht bereits an die Grenzen der materiellen, aber auch der moralischen Belastbarkeit stoßen. Das gesamte System der sozialen Sicherung wird von der Leistungsgesellschaft getragen. Eine Absage an die Leistungsgesellschaft, an die Verpflichtungsgesellschaft, könnte fatale Folgen haben – auch dann, wenn es sich nur um Minderheiten handelt, die sich als „alternativ“ verstehen. Daß wir an die Grenzen der materiellen, aber auch der moralischen Belastbarkeit geraten sind, zeigt die wachsende Abgabenvermeidung. Der Ausstieg aus der Verpflichtungsgesellschaft durch Einstieg in die Schattenwirtschaft ist ein Indiz. Aber es gibt auch eine Überforderung der Solidaritätsbereitschaft, und es gibt Grenzen der Akzeptanz. Auch die Abgabenlast muß sozialverträglich bleiben und Leistung muß sich konkret lohnen.

Die Absage an eine bloße Politik des „mehr und mehr“ sagt aber noch nicht genug darüber, was künftig sozialer Fortschritt sein kann und muß. Wer auf diese Frage antworten will, muß etwas zur Gesellschaft von morgen sagen. Ohne Zukunftsbild gibt es keine Zukunftsperspektiven. Aber auch ohne in Science-Fiction zu verfallen, kann man sagen, daß die Industriegesellschaft weitergehen wird. Hier ergeben sich neue Anforderungen an die Bildungspolitik, aber auch an die Methoden, gesellschaftliche Konflikte zu lösen. Es wird mehr Disziplin und vor allem mehr Kooperation gefordert sein.

Trendwende durch Privatisierung?

Für die Sozialpolitik im engen Sinne ergibt sich die Frage, ob das bisherige System im Grundsatz erhalten bleiben



Hier deutet sich ein Umschlag der Quantität in eine neue, bisher nicht so bekannte Qualität an. Wie soll in einer kinderarmen Gesellschaft mit Kleinfamilien und einer wachsenden Zahl von Ein-Personen-Haushalten

es ergänzender gesellschaftlicher Organisation wie der Sozialstationen.

Die finanziellen Probleme ergeben sich daraus, daß im eigentlichen Sinne personale

kann oder ob diese künftige Gesellschaft – eine Wohlstandsgesellschaft auf hohem Niveau – ein neues Sicherungssystem erfordert. Hier werden seit einigen Jahren immer wieder Konzepte zu einer weitgehenden Privatisierung vorgetragen. Auf das Wesentliche reduziert laufen sie auf ein System mit einer öffentlich-rechtlichen Grundversicherung und diese aufstockenden privaten Sicherungen hinaus, und zwar individuelle wie betriebliche.

Das wäre nicht nur eine Trendwende, sondern eine Kehrtwendung. Die vorgeschlagene Grundsicherung schützte ja nur vor dem Absturz und leistete nicht wesentlich mehr, als es die Sozialhilfe seit langem tut. Das individuelle Lebensstandard-Niveau wäre im erheblichen Umfang privatwirtschaftlich zu decken. Dagegen gelten nach wie vor alle Argumente, die schon in der Diskussion vor zwei Jahrzehnten vorkamen. Sie reichen von der oft nicht rechtzeitigen Vorsorge bis zum gesamtwirtschaftlichen Problem riesiger Deckungskapitalien, im übrigen auch einem Machtproblem.

Es ist zudem ein Irrtum, zu meinen, daß die Privatwirtschaft vor den Folgen der Bevölkerungsentwicklung verschont bleiben könnte – ein wesentliches Motiv vieler Vorschläge. Hier sind alle in einem Boot.

Eine die Gesamtheit aller Bürger abdeckende, privatrechtliche Sicherung stünde und steht hier vor den gleichen Problemen wie die öffentlich-rechtliche Sicherung. Auch Zinserträge und die Mittel für Vermögensauflösung als Gegenposition müssen von den gleichen Erwerbstätigen aufgebracht werden, die Steuern und Sozialbeiträge zahlen.

Diese Erkenntnis bedeutet wiederum nicht, daß in der öffentlich-rechtlichen Sicherung alles beim alten bleiben müßte. Auch hier geht es um eine neue Qualität. Das aus dem 19. Jhd. stammende Leitmotiv „der bedürftige Mensch“, der sich eigentlich nicht selbst helfen kann, ist korrekturbedürftig. Sein Ergebnis ist inzwischen, daß mehr geregelt und daß mehr Lasten gesellschaftlich umgelegt werden, als notwendig. Symptomatisch ist die brüske Art, mit der Eigenbeteiligung als Steuerungsfaktor in der gesetzlichen Rentenversicherung abgelehnt wird. Dabei geht es um Beträge, die weit unter dem liegen, was jeweils im Freizeitbereich disponibel ist.

Die Absicherung der großen Risiken ist im Bewußtsein wahrscheinlich der Mehrheit zur Sicherung aller Risiken umfunktioniert worden. Daraus aber ergibt sich eine Gefährdung des gesamten Systems mit einer dann unausweichlichen Folge, nämlich der Sozialisierung der

Einkommen als Antwort auf die Sozialisierung aller Risiken. Dies zu ändern wird allerdings die größten Schwierigkeiten bereiten.

Zukunftsperspektiven

Eine Wiederbelebung des persönlich-gemeinschaftlichen Handelns erfordert eine Trendwende im Grundverhalten. Die Bereitschaft, tragbare Risiken auch wirklich selbst zu tragen, läßt sich nur schwer dekretieren. Ein wieder mehr auf Eigenverantwortung gerichtetes Bewußtsein entsteht, wenn überhaupt, nur langsam. Aber es wird gar nicht dazu kommen, wenn nicht sehr bald die Signale für mehr Eigenverantwortung gestellt und dann auch aufgenommen werden.

Das heißt nicht, eine Gegenideologie aufzubauen, wie das auch gelegentlich geschieht. Es geht nicht um die Abschaffung der bestehenden institutionellen Sicherungen, sondern um den Einbau von mehr Eigenverantwortung in das bestehende System. Es gilt allerdings auch, ein Ende zu machen mit der Politik der Geschenke und des bloßen „mehr“. Beides haben die Beteiligten später teuer zu bezahlen.

Sozialer Fortschritt wird sich künftig nicht in mehr Quantität,

„Für den Fortbestand der pluralistischen Demokratie, also für den Fortbestand und die Entwicklung eines menschenmöglichen Maßes an Gerechtigkeit ist es dringend, den Mut zur Unvollkommenheit und die Erkenntnis der stetigen Gefährdung der menschlichen Dinge wieder zu erlernen. Nur jene Programme sind moralisch, die diesen Mut wecken. Unmoralisch ist daher umgekehrt jener scheinbare Moralismus, der sich nur mit dem Vollkommenen zufriedengeben will“.

Joseph Cardinal Ratzinger

sondern in besserer Qualität auszuweisen haben. Die Schlüsselfrage von morgen heißt für jeden, der etwas Neues vorschlägt, deshalb auch zugleich: Verändert sich damit die Belastungsbalance, was soll an anderer Stelle gestrichen werden oder wer soll sonst die neue Last tragen und mit welchen Folgen? Das sind für Politiker unbequeme Fragen. Ohne deutliche Antwort aber wird die Balance des Systems nicht zu erhalten sein.

Ann.: Der Autor dieses Beitrages ist Min.-Dirigent a. D. Im Rahmen seiner Mitarbeit in der Sozialkammer der EKD hat Steinjan die Denkschrift „Soziale Sicherung im Industriezeitalter“ mitgeprägt.

Verplanter Mensch und doch frei

Christian Salzmann

Planung gehört sicher zu den wichtigsten Dingen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens. Ohne Planung würde in vielen Bereichen das Chaos ausbrechen, würden ganze Systeme in sich zusammenbrechen. Sie ist offenbar um so unentbehrlicher, je größer und komplexer die Gebilde, die Institutionen sind, deren Arbeits- und Funktionsabläufe durch sie geregelt werden müssen.

Planung setzt Freiheit voraus

Ein Plan ist der gedanklich vorweggenommene Entwurf für eine beabsichtigte Handlung oder eine zu stiftende Ordnung mit dem Ziel, den gewünschten Effekt möglichst sicher und ohne Umwege zu erreichen, so etwa nachzulesen im Großen Brockhaus. Planung ist also, so können wir zunächst feststellen, etwas Positives, ein für den vor-

ausschauenden Menschen unentbehrliches Mittel, sein Leben zu gestalten und zu meistern. Ja, die Freiheit des Menschen scheint sich in dieser Fähigkeit zur **Planung** zu äußern. Denn nur wer frei ist, ist in der Lage, seine eigene Zukunft nicht nur in Gedanken planerisch zu entwerfen, sondern diesen Plan auch zu verwirklichen. „Ein Plan im strengen Sinne hat (nämlich) zur Voraussetzung, daß alle mitwirkenden Faktoren

in hinreichender Wahrscheinlichkeit übersehbar sind, und daß die zur Verwirklichung des Ziels notwendigen Mittel in der Verfügungsgewalt des Planenden stehen“ (Brockhaus). Diese Verfügungsgewalt setzt aber **Freiheit** voraus.

Nun hat natürlich jede Planung auch eine Kehrseite. Planung setzt zwar bei dem, der plant, Freiheit voraus, bringt aber den, der von der Planung als Objekt betroffen ist, möglicherweise in die Verfügungsgewalt des Planenden. Wer kennt nicht die Situation, in der man sich plötzlich, vielleicht ohne gefragt worden zu sein, als ein

Faktor in dem Handlungskonzept bzw. der Handlungsstrategie eines anderen eingeplant sieht.

Hier fühlt man sich verplant.

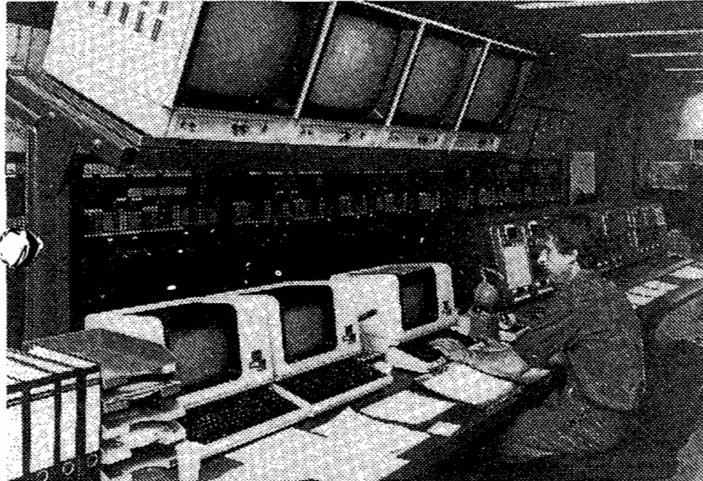
Der verplante Mensch verliert ein Stück seiner Freiheit. Und je engmaschiger und umfassender eine Planung ist, um so radikaler sieht sich derjenige, der von ihr betroffen ist, seiner Freiheit beraubt.

Nun besteht heute die Neigung oder vielleicht auch die Notwendigkeit, auch solche Bereiche einer Planung zu unter-

ren, die man früher der selbständigen Entwicklung überließ, so z. B. die Verkehrsplanung, die Raumplanung, die Familienplanung usw. Und die Planung wird mit Hilfe der modernen Technik immer perfekter und umfassender.

Läßt sich der Mensch verplanen?

Das Instrument der elektronischen Datenverarbeitung eröff-



Computer bestimmen mehr und mehr unsere Arbeitswelt Foto: Paul Glaser

net auch für Planungsprozesse aller Art ungeahnte neue Möglichkeiten. Je dichter das Planungsnetz, um so weniger Freiräume bleiben erhalten.

Nicht nur die Bereiche der Arbeit, sondern auch die der Freizeit, ja das ganze Leben drohen heute in den Sog der Planbarkeit, Machbarkeit und Berechenbarkeit zu geraten. Die Planungssysteme tendieren dazu, eine Eigendynamik zu entwickeln, die auch immer mehr den Planenden selbst einholt und schließlich auch seiner Freiheit beraubt. Hier wird der Mensch zum Opfer seiner eigenen Möglichkeiten. Er wird vom Subjekt zum Opfer degradiert.

Diesen Prozeß gilt es nun – gerade aus christlicher Verantwortung heraus – zu durchschauen und ihm möglicherweise entgegenzuwirken, nicht, indem man auf Planung verzichtet, sondern indem man Planungsprozesse so organisiert, daß bei allen Beteiligten ein Höchstmaß an Subjekt- bzw. Personalität erhalten bleibt.

Und hier sind vor allem solche Menschen aufgerufen, die aufgrund ihrer Position mit sozialer

Überlegenheit ausgestattet sind. Denn sie stehen immer in der Versuchung, ihre Überlegenheit im Sinne einer willkürlichen Machtausübung zu mißbrauchen, indem sie über die Menschen aus ihrem Umkreis wie über ein Objekt, ein Ding, eine technische Apparatur meinen verfügen und sie als eine berechenbare Größe in das eigene planerische Kalkül ziehen zu können.

Manipulation als Technik der Menschenbehandlung

Ein hervorragendes Merkmal der Wissenschaft, vor allem der naturwissenschaftlichen und technologischen Wissenschaft, ist es, bestimmte Abläufe in Natur und Technik in allen Einzelheiten berechenbar und damit vorhersagbar und planbar zu machen. Man denke etwa an die Exaktheit, mit der Weltraumflüge in allen Details vorherberechnet und geplant werden. Wenn der Mensch die Wissenschaft benutzt, um solche technischen Abläufe zu planen, mag das, sieht man einmal von den immer wieder auftretenden Fehlern mit meist verhängnisvollen Folgen ab, noch hingenommen werden können. Wenn aber die Wissenschaft herangezogen wird, um auch den Menschen von außen in Analogie zur Technik zu steuern, wird die Sache höchst bedenklich.

In der Gegenwart trifft man auf verschiedene Formen solcher **technischer Menschenbehandlung**, so etwa die Gentechnologie, in deren Gefolge es als möglich erscheint, den Menschen aus der Retorte zu reproduzieren und ihn mit den jeweils gewünschten Anlagen und Ei-

enschaften auszustatten, also ihn nach Maßgabe der eigenen Pläne und der eigenen Willkür zu gestalten und ihn gerade dadurch seiner Menschenwürde zu berauben.

Eine besonders raffinierte Form der technischen Menschenbehandlung ist die Manipulation, weil sie den Menschen verplanen, von außen steuern und in Abhängigkeit halten will, sich dabei aber oft geschickt zu tarnen weiß. Der Mensch wird hier von den Manipulatoren in Analogie zur machbaren Welt gesehen und durch bestimmte psychische Mechanismen konditioniert. Insofern ist Manipulation Ausdruck von Macht bzw. Machtanmaßung. Sie zielt auf Entpersönlichung des Manipulierten – gerade dadurch, daß sie die unbewußten Schichten zu beeinflussen trachtet und auf diese Weise Abhängigkeiten, ja ein „falsches Bewußtsein“ schafft.

Jede Erziehung steht in Gefahr, in die Manipulation abzugleiten. Erzieher sollten um diese Gefahr wissen. Für christliche Eltern kommt es darauf an, im Glauben die Freiheit zu gewinnen, die sie befähigt, Kinder und Jugendliche freizugeben, sie aus der Abhängigkeit in die Selbständigkeit und Mündigkeit zu führen.

Aus christlicher Verantwortung Ursachen von Fehlentwicklungen aufdecken

Manipulation als Technik der Menschenbehandlung ist Ausdruck einer Grundhaltung, die sich auch in anderen Trends unserer Zeit ausdrückt: Man denke etwa an die zunehmende Durchröntung des Daseins, die wachsende Entmündigung des Menschen durch Massenmedien, die Verkümmern der Ratio zu Rationalisierung, welche im bloßen Zweck-Nutzen-Denken steckenbleibt, die Verkürzung des Organismus zur Organisation, die Degradierung des ungeborenen Lebens zur Wegwerfware, die Mißachtung der Schöpfung Gottes, indem die Natur zum Gegenstand eigensüchtiger, rücksichtsloser und verantwortungsloser Ausbeutung wird.

Indem die Forschung sich lange Zeit zum **wertfreien** Instrument erklärte, schuf sie die

technischen Voraussetzungen dafür, die Natur zum großen Teil der Planbar- und Machbarkeit des Menschen zu unterwerfen. Damit half sie zugleich, das komplizierte System unserer hochindustrialisierten und technisierten Gesellschaft aufzubauen, das schließlich seine eigenen Erfinder in ein Netz von Abhängigkeiten verstrickte. Auch hier zeigt sich also, daß die ursprüngliche, aus scheinbar freier Selbstbestimmung heraus vollzogene Planung den Menschen in die Unfreiheit der Abhängigkeit von den selbstgeschaffenen Systemen führt.

Allgemein gesprochen: Überall dort, wo Menschen in grenzenloser Selbstüberschätzung und unter Hinweis auf Wissenschaft und Technik auf absolute Selbstbestimmung setzen, schlägt die Freiheit schließlich in Unfreiheit um, indem nämlich die Menschen, soll nicht das ganze System in sich zusammenbrechen, gezwungen sind, einmal geschaffene zivilisatorische Errungenschaften aufrechtzuerhalten oder gar immer weiter zu entwickeln. Ein ähnlich verhängnisvoller Effekt entsteht dadurch, daß die vom Menschen durch unsachgemäße Behandlung aus dem Gleichgewicht gebrachten Ökosysteme in sich zusammenbrechen und damit dem Menschen die notwendige natürliche Lebensgrundlage entzogen wird.

Nun kann und darf es nicht meine Aufgabe sein, ein Horrorgemälde von der Gegenwart und Zukunft zu entwerfen, das uns in Resignation und Hoffnungslosigkeit treibt. Gerade als Christen sollten wir uns aufgerufen fühlen, den Ursachen der Fehlentwicklungen, z. B. im Verhältnis des Menschen zu Gottes Schöpfung, nachzugehen und solcher Entwicklung entgegenzuwirken und sie, wo immer möglich, zu korrigieren. Aber wir sollten auch nicht die positiven Wirkungen der Technik und der Wissenschaften übersehen. Wer lautstark die technischen Methoden der modernen Medizin beklagt, möchte in der Regel nicht auf diese verzichten, wenn es darum geht, sich den entzündeten Blinddarm herausoperieren zu lassen. Und ohne das Auto als Transportmittel für den Menschen und für Waren aller Art, wäre das Leben in der Bundesrepublik Deutschland mit ih-

ren gut 60 Millionen Einwohnern und der inzwischen entstandenen Siedlungsstruktur in der Tat nicht ohne tiefgehende Zusammenbrüche und Katastrophen zu meistern.

Wenn es aber gilt, drohenden Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, so kommt es nicht in erster Linie darauf an, Einzelmaßnahmen zu ergreifen oder gesetzgeberisch durchzusetzen. Wichtiger ist vielmehr die Grundhaltung des Menschen. Es kommt darauf an, sein Bewußtsein zu verändern, damit die Grundsätze seines Handelns gegenüber den Mitmenschen und der Natur sich den neuen Erfordernissen anpassen.

Diese veränderte Grundhaltung sollte sich nun für uns Christen eigentlich ganz von selbst ergeben.

Ann.: Prof. Dr. Christian Salzmann ist seit 1973 an der Universität Osnabrück als Professor für Pädagogie/Schulpädagogie tätig und gehört dem erweiterten Vorstand des EAK-Osnabrück an.

Ausbildungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland

Bundesdurchschnitt: 106

Bundesland	Stellen je 100 Bewerber
Bremen	78
Niedersachsen	82
Nordrhein-Westfalen	92
Saarland	93
Hamburg	98
Berlin (West)	105
Hessen	106
Rheinland-Pfalz	110
Baden-Württemberg	116
Schleswig-Holstein	117
Bayern	152

Quelle: Arbeitsmarkt 11/88

Evangelischer Arbeitskreis Schwarzwald – Baar

Dr. Werner Gitt,
Braunschweig:

„Leben nach dem Tode“

VS-Villingen,
Theater am Ring

Freitag, den 21. April 1989,
20.00 Uhr

Die Rentenversicherung hat Zukunft!

Michael Harmut Franz

Wie sieht die Welt im nächsten Jahrtausend aus? Wie werden wir die Arbeit – ob nun Erwerbsarbeit, Erziehungsarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten – und die Freizeit organisieren? Vor allem: Wie wird die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut sein? Sichere Kenntnis über die Zukunft ist nicht vorhanden. Es gibt aber plausible Überlegungen über Tendenzen in unserer Gesellschaft, die für die Zukunftsgestaltung der Alterssicherung von höchster Bedeutung sind:

1. Sinkende Geburtenhäufigkeit, schrumpfende Bevölkerung

Die Geburtenhäufigkeit ist seit Beginn der siebziger Jahre so gesunken, daß ein Geburtsjahrgang weniger Kinder zur Welt bringt, als zur Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendig sind. Modellrechnungen zeigen auf, daß unter bestimmten Annahmen die Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland von derzeit rund 61 Mio. auf rund 48 Mio. im Jahre 2030 zurückgeht.

Die Rentenversicherung muß deshalb – und das ist der entscheidende Anlaß für die Reform – darauf eingerichtet werden, daß der Anteil der älteren Bevölkerung erheblich wächst.

2. Veränderte Erwerbstätigkeit

Die Erwerbsquote der Männer im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren ist von rund 90 % im Jahre 1970 auf rund 79 % im Jahre 1986 gesunken. Gründe dafür sind die Verlängerung der Bildungsphase und der damit verbundene spätere Eintritt in das Erwerbsleben sowie der deutliche Rückgang der Erwerbsquote der 60- bis unter 65jährigen von rund 72 % (1970) auf 33 % (1986). Demgegenüber ist die Erwerbsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter von rund 47 % (1970) auf rund 51 % (1986) gestiegen. Der Rückgang der Erwerbsquote bei den älteren Frauen ist durch die steigende Erwerbsbeteiligung der 20- bis unter 55jährigen überkompensiert worden. Trotz dieses Anstieges der Erwerbsquote der Frauen liegt diese im Vergleich zu anderen Ländern noch keineswegs sehr hoch, denn in Frankreich beträgt sie rund 55 %, in Großbritannien 61 % und in Schweden sogar 78 %.

Die Rentenversicherung muß deshalb ihre Anstrengungen

fortsetzen, auf neue Rollenbilder neue Antworten zu geben. Dies bedeutet auch, daß etwa die Kindererziehung als eigenständiger Beitrag zur Aufrechterhaltung des Generationenvertrages verstärkt anerkannt wird.



3. Früher Rentenbeginn und steigende Lebenserwartung

Während vom Jahrgang 1905 noch rund $\frac{1}{3}$ der Männer und $\frac{2}{3}$ der Frauen mit Vollendung des 65. Lebensjahres in die Altersrente gingen, waren dies beim Jahrgang 1920 nur noch rund $\frac{1}{2}$ der Männer und Frauen. Damit ist die normale Altersgrenze von 65 Jahren innerhalb von 15 Jahren beinahe zum Ausnahmefall für den Rentenbeginn geworden, was sich in längeren Rentenlaufzeiten und einer höheren Anzahl der Renten niederschlägt.

Die verlängerten Rentenlaufzeiten sind nicht nur auf einen früheren Rentenbeginn zurückzuführen, sondern auch auf eine steigende Lebenserwartung. Die Lebenserwartung 60jähriger Männer betrug 1970/72 noch 15,3 Jahre, heute beläuft sie sich auf über 17 Jahre. Bei den Frauen betrug die vergleichbare Lebenserwartung 1970/72 19,1 Jahre, heute sind es 21,6 Jahre. Mit einer weiteren Zunahme ist zu rechnen.

Die geltenden Altersgrenzen müssen deshalb überdacht werden.

Die Anpassungsfähigkeit erhalten

Vor allem kommt es darauf an, die Flexibilität der Rentenversicherung, die zwei Weltkriege und Inflationen überstanden hat, angesichts sich wandelnder Verhältnisse zu sichern und zu stärken.

In der rentenpolitischen Diskussion gilt es auch, verkürzende Ansätze abzuwehren, spielsweise dürfen Modellrechnungen nicht als Prognosen hinsichtlich tatsächlicher Entwicklungen mißverstanden werden. Von Bedeutung für die Rentenversicherung ist nicht nur das zahlenmäßige Verhältnis der Generationen, wichtig ist insbesondere das Verhältnis der Beitragszahler zu den Leistungsempfängern.

Und wenn in Zukunft die Arbeitskräfte – und damit die Beitragszahler – in der Bundesrepublik Deutschland knapp werden, dann kann damit gerechnet werden, daß in einer Welt mit schwindenden Grenzen die Arbeitsplätze in unserem Land insbesondere für EG-Inländer an Attraktivität gewinnen.

Umgekehrt ist heute eine wichtige Ursache der hohen Abgabenbelastung für die sozialen Sicherungssysteme nicht die Tatsache, daß es zu wenig Erwerbspersonen gibt, sondern vielmehr der Fakt, daß es erheblich mehr Menschen gibt, die arbeiten wollen, als es Arbeitsplätze für sie gibt.

Ein Konsens für die Fortentwicklung der Rentenversicherung

Unverantwortlich wäre deshalb, angesichts dieser prinzipiellen Ungewißheit die soziale Sicherung völlig zu verändern, zumal es auch plausible Modellrechnungen gibt, wonach die möglichen Belastungen der Alterssicherung ohne Systemwechsel durchaus beherrschbar sind.

Bei allen Nuancierungen im Detail zeichnet sich eine Über-

Einstimmung bei fast allen relevanten Parteien, den Sozialpartnern und Kirchen für wichtige Eckpunkte der Strukturreform der Rentenversicherung ab:

1. Das Prinzip der lohn- und leistungsbezogenen Rente soll fortentwickelt werden. Nur ein durch einkommensorientierte Beiträge aufgebauter Rentenanspruch ist im Verhältnis zum einzelnen Beitragszahler gerecht und ist – was ebenso wichtig ist – verfassungsrechtlich geschützt.
2. Für die große Mehrheit der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen ist die Rente der Rentenversicherung die wesentliche und vielfach sogar die einzige Einkommensquelle im Alter, bei Invalidität und Tod. Die Rentenver-

sicherung bedeutet damit die Regelsicherung für sie. Deshalb muß die Funktion der Lebensstandardsicherung erhalten bleiben. Dies bedeutet: Keine Grundrente nur zur Sicherung des Existenzminimums.

3. Die Lasten aus der Bevölkerungsentwicklung sollen von allen Beteiligten – den Rentnern, den Beitragszahlern und dem Bund – gemeinsam getragen werden. Die verfügbaren Renten sollen sich im Gleichklang mit den verfügbaren Arbeitnehmereinkommen entwickeln, d. h., die Renten sollen daher in Zukunft nicht mehr stärker steigen als die Nettolöhne. Der Bundeszuschuß muß in Zukunft höher sein als nach geltendem Recht.

Verschämte Altersarmut bekämpfen

Kontrovers diskutiert wird insbesondere Art und Umfang einer Verlängerung der Altersgrenzen für die Lebensarbeitszeit. Der „Diskussions- und Referentenentwurf“, den der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im November 1988 vorlegte, hält es angesichts der weiter steigenden Lebenserwartung und der infolge des Geburtenrückganges geringer werdenden Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter auf Dauer für unverzichtbar, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Die angehobenen Altersgrenzen für die Altersrenten sollen nach den Vorstellungen des Referentenentwurfs jedoch flexibel sein. Durch die Berücksichtigung des Alters bei der Inanspruchnahme

der Altersrente mittels eines Zugangsfaktors werden Vor- und Nachteile durch einen vorzeitigen oder aufgeschobenen Rentenbezug ausgeglichen.

Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wird sicherlich noch die Bedeutung familienbezogener Elemente (z. B. Kindererziehung oder häusliche Pflege) in der Rentenversicherung und die Konsequenzen der Rentenreform für andere Alterssicherungssysteme sein, die ganz oder teilweise aus öffentlichen Kassen finanziert werden. Darüber hinaus steht die Bekämpfung der verschämten Altersarmut auf der Tagesordnung, eine Aufgabe, die über den Auftrag der Rentenversicherung hinausgeht.

Ann.: Der Autor dieses Beitrages ist Diplom-Volkswirt.

Das Verständnis von Arbeit und Ruhe in der Bibel

Rolf Kramer

Die Arbeit im Alten Testament

In zwei Überlieferungen wird am Anfang der Bibel nicht nur die Erschaffung des Menschen berichtet. Es wird auch darauf hingewiesen, daß ihm von Anfang an bestimmte Aufträge erteilt wurden. Der Mensch wird in beiden Schöpfungsberichten, in der Priesterschrift und bei dem Jahwisten, in unmittelbarer Beziehung zu seiner Arbeit gesehen. Davon ist die Rede, wenn in der jüngeren Priesterschrift, der ersten Überlieferung in der Bibel, von der Herrschaft des Menschen über die Erde gesprochen wird: „Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan und herrschet über die Fische im Meer und die Vögel unter dem Himmel, über das Vieh und alle Tiere, die auf der Erde sich regen“ (Gen 1,28).

Bei dem älteren Jahwisten lautet der Befehl anders: „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Gar-

ten Eden, damit er ihn bebaue und bewahre“ (Gen 2,15).

Zwei aus diesen Quellen abzuleitende Aussagen geben Hinweise auf die Deutung des Arbeitsbegriffes im Alten Testament.

Arbeit als Mandat

Arbeit ist nicht in menschliches Belieben gestellt, sie unterliegt nicht menschlicher Willkür. Sie beruht auf einer Stiftung Gottes. Sie ist Mandat. Arbeit wird als Befehl, als Auftrag gedeutet. Dieser Auftrag ist im Zusammenhang mit Gottes Bundesschluß mit dem Menschen zu sehen. Gott überantwortet seinem Geschöpf die Erhaltung und Gestaltung seiner Schöpfung. Der Mensch wird zum Kooperator Gottes. Gottes Gabe ist Aufgabe für den Menschen. Sie wird von Gott an den Menschen, als seiner Schöpfung, weitergereicht.

Dies wird sowohl von der evangelischen Sozialethik als auch von der katholischen So-

ziallehre so gesehen. In den ersten Sätzen der Enzyklika *LABOREM EXERCENS* heißt es: Der Mensch ist „nach Gottes Bild und Gleichnis inmitten des sichtbaren Universums geschaffen und dort hineingestellt, damit er die Erde sich untertan mache“. Er ist seit seiner Schöpfung dazu berufen. Arbeit wird hier auf umfassende Weise gedeutet, Mensch zu sein.

Die Selbstverständlichkeit der Arbeit

Die alttestamentlichen Berichte verweisen auf die Verankerung der Arbeit in dem sie umgebenden Leben. „Sie ist einfach eine Funktion zur Bewältigung des Daseins“ schreibt Helmut Thielicke dazu in seiner Theologischen Ethik.

Im Alten Testament wird die Arbeit keineswegs allein als die Lebenserfüllung gesehen. Man braucht die Arbeit, um sein Leben zu gestalten. Arbeit besitzt „die Unakzentuiertheit des Selbstverständlichen“. Das von Gott gegebene wird hingenom-

men und benutzt.

Die Doppelseichtigkeit der Arbeit

Zu diesen zwei Aussagen über die Arbeit kommt ein weiteres Phänomen hinzu, das alle Schriften des Alten Testaments durchzieht.

Im 3. Kapitel Genesis wird nach dem Sündenfall des Menschen nicht der Mensch und auch nicht seine Arbeit, sondern der Ackerboden verflucht. Arbeit wird also nicht als Strafe des Menschen angesehen. Vielmehr steht ihre Ausübung unter Gottes Strafwort. Mühsal und Qual sind nach dem Sündenfall ihre Kennzeichen. Ihre Früchte werden durch Dornen und Disteln geschmälert. Im Kampf gegen die widerspenstige Natur hat der Mensch seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Während zum paradiesischen Zustand das Bebauen und Bewahren gehört, sind nach dem Sündenfall Mühe und Plage die Kennzeichen der Arbeit. Man spricht deshalb von der Zweideutigkeit oder Doppelseichtigkeit der Arbeit.

Sie ist zum einen als Gebot, als Auftrag, als Mandat Gottes zu verstehen, mit dessen Hilfe der Mensch die Welt gestalten und seinen Lebensunterhalt bestreiten soll.

Darauf verweisen jeweils die Evangelischen Denkschriften und die Sozialzyklen der Päpste seit Leo XIII.: Der Mensch muß arbeiten.

Zum anderen ist nach der Übertretung des göttlichen Gebotes seine Arbeitswelt durch Mühe und Schweiß gekennzeichnet. Müheloses Arbeiten und Ernten, wie noch im Garten Eden, ist nach dem Sündenfall dem Menschen verwehrt. Mühe und Beschwerne werden die Tätigkeit des Menschen ein Leben lang begleiten.

Das ist der Grundtenor im Alten Testament. Die lutherische Übersetzung des 90. Psalms „Und wenn's (scil. Leben) köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen“, weist darauf hin.

In der Vergangenheit ist daraus eine Überschätzung der Ar-

beit als Lebenssinn abgeleitet worden. Aber die Arbeit wird im Alten Testament nicht verherrlicht. Dennoch können die Werke des Menschen positiv beurteilt werden.

Der Sabbat im Alten Testament

Namentlich der Bericht der Priesterschrift verbindet in Gen 2,1-3 die Gabe des Sabbats mit der Arbeit. Freilich wird diese Verknüpfung von Arbeit und Sabbat zunächst nur auf das Handeln Gottes angewandt.

Die Gottesruhe

Bei der Ruhe des Sabbats geht es zunächst um die Gottesruhe. Gott vollendet seine Schöpfung in der Feier des Sabbats. Dabei handelt es sich für ihn nicht um eine Erholung nach Mühsal und wohlgetaner Arbeit. Es ist vielmehr „das Absehen und Abstehen von weiterer Arbeit“.

Gott ruhte von seinem Werk. Das heißt, er stand von weiterem Schöpfungswerk ab. Aber er hörte selbstverständlich nicht auf, der Schöpfer zu sein. Am Sabbat war er ganz er selbst.

Die Ruhe des Menschen

„Und Gott ruhte am siebten Tag“. Später wird diese Aussage auch auf die Menschen bezogen. Der Sabbat wird zum Korrektiv der Arbeit. Denn Leben ist nicht nur Arbeit, sondern auch Ruhe. Jeder einseitigen Überbewertung der Arbeit wird ein Riegel vorgeschoben. Der Mensch soll arbeiten **und** ruhen. Der Sabbat steht, wie die Arbeit, unter Gottes Gebot. Deshalb sollen die Familienangehörigen, Magd, Knecht, Fremdling und auch das Vieh an diesem Tag Ruhe haben (Ex 20,8-11). Die Ruhe erst macht die Arbeit vollständig.

Die der Ruhe Gottes entsprechende Ruhe des Menschen bekommt so eine andere Zielsetzung als die Gottesruhe. Zwar wird auch hier von weiterer Arbeit abgesehen und Abstand genommen, aber es ist damit ein erholsames Ausruhen von der geleisteten Arbeit gemeint, so daß der Mensch frei wird zur Fortsetzung seiner Wochenarbeit. Er darf sich von seinem hinter ihm liegenden Werk erholen und sich gleichzeitig stärken für das kommende neue Werk.

Der Sabbat bedeutet aber noch mehr; an diesem Tag gehört der Mensch sich selber; er ist schlicht Mensch, dem freilich sechs Tage lang zu arbeiten aufgetragen worden ist.

Ruhe als Erholung

Für Gott war der gefeierte Sabbat der siebte Tag, für den Menschen jedoch der erste. Der Mensch kam vom Sabbat her und ging an die Arbeit, er ging gleichsam in sie hinein. Aus der Ruhe hin zu Arbeit!

Insofern war es für den Menschen tatsächlich der Tag des Herrn, der im Neuen Testament dann auch zum ersten Tag der Woche erklärt wurde. Der Mensch wird in diesen Tag, der der Tag der Auferstehung Jesu ist, in den Tag des Herrn hineingenommen. Gottes siebter Tag wird so zum ersten Tag für den Menschen.

Anm.: Prof. Dr. Rolf Kramer ist Systemtheologe an der Kirchlichen Hochschule Berlin. Sein Beitrag ist Teil eines Vortrages, den er auf der Tagung „Der Wandel von Arbeit und Freizeit“ im Institut der Deutschen Wirtschaft am 22. 11. 1988 gehalten hat.

Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen

Gerhard Rödding

Der Hörfunk wird wieder interessant. Neben den vier Programmen des Westdeutschen Rundfunks, die wir kennen, wird es vom nächsten Jahr an Sendungen geben, die von lokalen Radiostationen ausgestrahlt werden. In jeder Großstadt und in jedem Kreis wird es wahrscheinlich einen solchen Lokalfunk geben.

Der Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen hat einige Besonderheiten, die ihn reizvoll und spannend machen. Die Sendungen werden von einer Veranstaltergemeinschaft verantwortet, in denen neben gesellschaftlichen Gruppen und Interessenten auch die beiden Kirchen vertreten sind. Hier sollen die wichtigsten Kräfte der Gesellschaft zusammenarbeiten und ein Rundfunkprogramm gestalten, das die Hörer in der Nachbarschaft besonders anspricht. Eine solche Veranstaltergemeinschaft besteht aus maximal 22 Personen, die die geistigen Strömungen im Umfeld des Senders repräsentieren sollen.

Der Lokalfunk wird von einer Betriebsgesellschaft finanziert, in der die Zeitungsverleger der örtlichen Tageszeitungen bis zu 75 % der Anteile halten können. Mit dem Rest von 25 % sollen die Kommunen

beteiligt sein. Die Mittel stammen nicht aus der allgemeinen Rundfunkgebühr, sondern müssen durch Hörfunkwerbung aufgebracht werden, eine Erscheinung, die wir aus dem Fernsehen und zwei Hörfunkprogrammen des WDR kennen.

Die Veranstaltergemeinschaften, die das Programm verantworten, sind in Herford und Bielefeld bereits gegründet. Beide können sich demnächst um eine Hörfrequenz bei der Landesanstalt für Rundfunk in Düsseldorf bewerben, die bereits die entsprechenden Frequenzen ausgeschrieben hat. Erhält eine Veranstaltergemeinschaft eine Sendeerlaubnis, was nicht zu bezweifeln ist, muß sie demnächst ein Hörfunkstudio einrichten und entsprechendes Personal anstellen. Man wird Journalisten suchen müssen, die das Leben der Gemeinden im Kreise Herford genau kennen;

denn es kommt darauf an, neben dem Weltgeschehen von solchen Ereignissen zu berichten, die im engeren kommunalen Bereich wichtig sind. Dabei geht es allerdings nicht nur um das, was im Rathaus geschieht, so wichtig es ist, sondern auch um Veranstaltungen der verschiedenen Vereine, des Sports, der örtlichen Kultur, kurzum um all das, was sonst in den Lokalteilen der Zeitungen zu lesen ist.

Fünf bis acht Stunden täglich soll ein solches Lokalprogramm gesendet werden. In der übrigen Zeit läuft ein Rahmenprogramm, das für ganz Nordrhein-Westfalen ausgestrahlt wird, so daß man den Sender rund um die Uhr hören kann. Gerade die Mischung von lokalen und überregionalen Programmteilen macht den Lokalfunk interessant.

Darüber hinaus ist die Beteiligung der Bürger besonders wichtig. In vielen Gemeinden gibt es bereits Radiogruppen und freie Bürgervereinigungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, selbst Radio zu veranstalten. Volkshochschulen und andere Einrichtungen haben ihre Studios dafür zur Verfügung gestellt, um solche Eigenproduktionen zu ermöglichen. Die Landesanstalt für Rundfunk fördert diese Gruppen finanziell. Die Veranstaltergemeinschaft ist verpflichtet, ihnen 15 % der täglichen Sendezeit zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise kann erreicht werden, daß der Bürger nicht nur passiver Zuhö-



Dr. Gerhard Rödding, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes

Fortsetzung von Seite 8

rer ist, sondern sich auch aktiv an der Gestaltung von Programmen beteiligen kann.

Auch die Kirche bekommt durch den Lokalfunk eine neue Chance, ihre Botschaft in die Öffentlichkeit zu tragen und vom Gemeindeleben zu berichten. Lebt sie doch davon, daß das Evangelium öffentlich verkündet wird und das Gemeindeleben sich nicht allein in abgeschlossenen Zirkeln abspielt.

Die Botschaft von Jesus Christus ist eine öffentliche Angelegenheit, die allen Menschen bekannt gemacht werden muß. Weil es sich beim Lokalfunk um örtliche Gemeinden handelt, besteht hier besonders die Möglichkeit, Menschen für die konkrete Arbeit der Kirche am Ort zu gewinnen.

So ist es eigentlich auch in der Reformationszeit gewesen. Auch damals wurde eine neue Technik der Verbreitung des Evangeliums dienstbar gemacht. Gutenberg hatte die Buchdruckerkunst erfunden. Ohne sie hätten Luthers Schriften nicht verbreitet werden können. Niemand hat damals gezögert, sich dieser neuen Technik zu bedienen. So sollte es auch heute sein. Mit ganzer Energie sollten sich die Kirchengemeinden in Herford zusammen mit dem Kirchenkreis der neuen Medien annehmen.

Die Kirche sollte lernen, mit ihnen umzugehen, dafür begabte Menschen sollten geschult werden, Sendungen zu produzieren. Das Leben der Kirchengemeinden sollte in aller Öffentlichkeit dargestellt werden und niemandem verborgen bleiben.

Auf diese Weise können Menschen angesprochen werden, die auf herkömmliche Weise das Evangelium nicht mehr hören. Nutzen wir die Chance!

Anm.: Dr. Gerhard Rödding ist stellvertretender Direktor der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

Die politische Kraft der Mitte

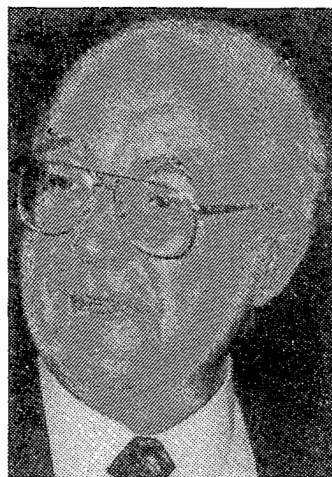
Wahlergebnis von Berlin: Berechtigte Sorgen und Wünsche aufgreifen

Albrecht Martin

Vom christlichen Menschenbild her kann der Wert geschichtlich gewachsener Strukturen, wie Volk und Nation, ebenso beachtet werden, wie es die Bedeutung der weltweiten einen Menschheit erkennen läßt. Wenn die Union also solche Aspekte wieder deutlich wahrnimmt und in Reden und Handeln zu ihrem Recht kommen läßt, dann reicht sie damit genauso wenig in die rechte Ecke, wie sie durch das Frauenprogramm von Essen sich nach links hin veränderte. Gerade indem sie solche Tendenzen integriert und unter den gemeinsamen Aspekt ihres Menschenbildes stellt, verhindert sie Radikalisierung und beweist die politische Kraft der Mitte.

Daraus folgt aber auch die eindeutige Abgrenzung gegen die radikalen Gruppen. Es ist dabei völlig gleichgültig, welche Tendenzen von diesen Gruppen radikalisiert werden. Zu den bedenklichen Folgen des Berliner Wahlergebnisses gehört deshalb die Neigung, über den Erfolg der Republikaner die Stärkung der Alternativen Liste zu vergessen. Eine radikale Partei wird nicht dadurch ungefährlich, daß sie Tendenzen vertritt, die man traditionell dem linken Spektrum zurechnet. Keine radikale Partei kann und will den demokratischen und sozialen Rechtsstaat schützen; das sollten alle Demokraten bedenken!

Für den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU ergibt sich die Aufgabe, über die Bedeutung von Volk und Nation gerade vom christlichen Menschenbild her neu nachzudenken. Daß beide Werte nicht unmittelbar vom Evangelium her zu begründen sind, besagt noch nicht viel. Zu fragen ist aber, welche Bedeutung sie als Elemente der Geschichtlichkeit des Menschen unter den Bedingungen unserer Zeit haben und wie wir damit umgehen sollen. Es könnte ja sein, daß über die unserer Zeit geschenkte Erkenntnis von der unter Christi Herrschaft stehenden einen Menschheit und der im Glauben geschenkten Einheit der Christen die anderen, gewiß vorläufigen und darum zweitrangigen Werte zu sehr in den Hintergrund geraten sind. Warum tun sich manche Christen heute so schwer, zum Beispiel eine besondere Verantwortung für Angehörige des eigenen Volkes anzuerkennen?



Staatsminister
Albrecht Martin, MdL

Bei den Verhandlungen der Synode der EKD in Bad Wildungen wurden diese Fragen wiederholt angesprochen. Ihre Bedeutung wurde allgemein erkannt, die Schwierigkeit der Antwort aber – nicht zuletzt im Blick auf die jüngere deutsche Geschichte – ebenso deutlich. Wenn wir die Frage aber nicht aufgreifen, dann tun es andere – wie jüngst in Berlin die Republikaner –, aber anders!

Das Wort

Keins seiner Worte glaubte ich, hätte er nicht geschrien: Gott, warum hast du mich verlassen.

Das ist mein Wort, das Wort des untersten Menschen.

Und weil er selber so weit unten war, ein Mensch, der „Warum“ schreit und schreit „Verlassen“, deshalb könnte man auch die andern Worte, die von weiter oben, vielleicht ihm glauben.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

11. „Bonner Theologisches Gespräch“

„Die evangelische Kirche im demokratischen Staat“

Landesbischof i. R.
Prof. D. Eduard Lohse

Montag, 8. Mai 1989, 19.00 Uhr
Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal
Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn 1

Gesonderte Einladungen werden noch verschickt

Protestantische Profile

Volkmar Köhler

Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, stammt aus einer lutherischen Familie in Niedersachsen. Sein persönlicher Lebensweg wurde durch die Religion und Glauben entscheidend geprägt.

Es ist eine Wahrheit, die Philipp Melancthon im dritten Gesang der Odyssee, Vers 48, fand: „Alle Menschen bedürfen Gottes.“ Nicht nur in der öffentlichen Verantwortung, sondern auch im innersten Bereich des privaten Lebens lernt man im Laufe der Jahre die Spanne zwischen Wollen und Vollbringen kennen, die Begrenztheit der Wirkungen, die man erreichen kann, und man erfährt, daß die eigene Kraft allein nicht ausreicht, um zum Ziel zu gelangen. Es ist wichtig, dies zu verstehen, und so haben meine Freunde und ich unseren gemeinsamen Weg unter das Wort gestellt: „Des Menschen Herz erkennt sich seinen Weg; aber der Herr allein gibt, daß er fortgehe.“ (Sprüche 16,9)

Diese Wahrheit erlaubt indes keine Passivität. Genauso lebendig ist mir deshalb, was man in meiner norddeutschen Heimat sagt: „Gott hilft dem Steuermann in der Not, aber steuern muß er selbst.“ Vielleicht ist dieser Spruch theologisch anfechtbar, aber hilfreich an ihm ist, daß er gerade den Entwicklungspolitiker vor der Gefahr bewahrt, angesichts des Ausmaßes der Probleme, der Fülle des Elends und der Not der Verzweifelnden zu resignieren.

Nicht Kontemplation, nicht das modische Problematisieren aller Sachverhalte und nicht der grüblerische Selbstzweifel helfen uns, die konkrete Verantwortung zu erfüllen, sondern nur – bei aller kritischen Selbstprüfung – das Handeln für den Menschen, die ohne uns in der Dritten Welt Krankheit, Hunger und Hoffnungslosigkeit ausgeliefert sind. Dabei unterliegt man der Gefahr des Irrtums. Es ist notwendig, daß wir eine gewisse Zuversicht haben, die uns Sicherheit gibt.

Ich stamme aus einer lutherischen Familie in Niedersachsen, in der es seit der Reformation nie eine andere Überzeugung gegeben hat als die Lehre Martin



Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär: „Es ist notwendig, daß wir eine gewisse Zuversicht haben, die uns Sicherheit gibt.“

Luthers. Dort ist für uns die Freiheit eines Christenmenschen definiert. Mein Großvater fand als Junge beim Pflügen auf dem Acker seines Vaters eine Kanonenkugel aus der Schlacht von Lutter am Barenberge, in der 1624 das Heer des niedersächsischen Reichskreises gegen Tilly unterging. Es ist vielleicht nicht untypisch für die Gläubigkeit eines Mitgliedes der Hannoverschen Landeskirche, daß ein Stück Kritik an der organisierten Kirche und ein sehr persönlicher Anspruch auf das Verständnis und die Auslegung der Schrift zum Gesamtbild gehört. So habe ich im Laufe der Jahrzehnte auch manchen Zwist und manche kritische Diskussion mit unserer Kirche gehabt. Trotzdem kam mir nie der Gedanke, mich von dieser Kirche zu trennen.

Wenn man ein bißchen Kirchengeschichte studiert hat, kennt man eben das Resultat des Donatistenstreites, daß die Kraft des Sakraments nicht von der Hand des Priesters abhängt. Ich vergesse auch nicht den Tag des Jahres 1937, als vor der Tür unseres Hauses ein Wagen mit laufendem Motor stand, und in der Wohnung oben bedrängten

Freunde meinen Vater, mit ihnen zu fahren, um gemeinsam die Erklärung des Austritts aus der Kirche abzugeben. In diesem Augenblick wäre ein solcher Schritt für einen Beamten nur vorteilhaft gewesen. Die Ablehnung dagegen bedeutete schon einen Nachteil. Die Weigerung meines Vaters und die lebendige Erinnerung an diese Stunden sind für mich bis heute bedeutsam.

Es ist wohl auch so, daß es für den Christenmenschen in seinem Glauben nicht genügen kann, allein und für sich vermeintliche oder wirkliche Wahrheiten zu erkennen. So sehr es für den Lutheraner ein unveräußerliches Recht ist, dies allein im Umgang mit der uns gegebenen Offenbarung tun zu dürfen; verwirklichen kann er seine Erkenntnis nur in der Gemeinschaft des Glaubens, selbst wenn es ihm die nur zu menschliche Vereinigung, die man Kirche nennt, manchmal schwer zu machen scheint. Es geht ja schließlich um Dinge, um dererwillen man es sich gegenseitig auch mal schwer machen darf. Falsch wäre es zu behaupten, daß meine Meinung in diesen Fragen von vornherein klar gewesen wäre; sie hat sich schrittweise und unter Schwierigkeiten entwickelt. Der Lohn der Mühe ist viel innere Freiheit und damit die Möglichkeit des Handelns. Es ist eine starke Geborgenheit, die Hölderlin in der Zeit des Zerfalls seiner Persönlichkeit doch noch einmal in großartiger Weise formulieren konnte:

„Die Linien des Lebens sind verschieden wie Berge sind und ferner Länder Grenzen. Was wir hier sind, kann dort ein Gott ergänzen zu Harmonien und ewigem Frieden.“

Inzwischen gilt es, dankbar das zu tun, wozu uns Kräfte gegeben sind.

„Als ich Oswald von Nell-Breuning kennenlernte, war ich bereits sozialpolitisch engagiert. Mein Interesse für die Sozialpolitik haben seine Ordensbrüder auf meinem Gymnasium in Blasien geweckt, und dann die Begabung mit seinem Werk, und natürlich auch mit dem seiner Kollegen, Gustav Gundlach und Hermann-Josef Wallraff. Aber als ich ihn damals zum ersten Mal persönlich erlebte, habe ich verstanden, wieso er auch Menschen für die katholische Soziallehre gewinnt, die von ganz anderen, fast entgegengesetzten Voraussetzungen herkommen. Von seiner Persönlichkeit, seinem Auftreten, seinem Wesen geht ein verhaltenes Charisma aus, das sich auf seine Lehre überträgt. Man spürt sofort, daß hier, wie er es selbst formuliert hat, ein „Diener der Kirche die Botschaft Jesu hineinträgt in die Welt und versucht, aus ihr für Gerechtigkeit und Freiheit die Folgerungen zu ziehen, die heute geboten sind“. Ist dies nicht auch eine treffende Begründung für das Engagement eines christlich-demokratischen Sozialpolitikers? ...“

Förderer sozialen Friedens

... Zur „sozialpolitischen Gemeinde“ von Nell-Breuning zählen Angehörige gegensätzlicher Lager: Gewerkschafter wie Unternehmer. Der Grund dafür ist: er kennt und versteht die Standpunkte der einen wie der anderen Seite, und ist daher für beide glaubwürdig. Glaubwürdig ist eben darum aber auch sein unbeugsamer Kampf gegen die Verabsolutierung eines Standpunktes. Die Naturrechtslehre, daß der Mensch beides ist, sowohl Einzelwesen als auch Sozialwesen, übersetzt er aus der Theorie in lebendige, verpflichtende Praxis. Er ist außerstande, dem einen auf Kosten des anderen Recht zu geben. Aus ruhiger Gewißheit widersteht er der im Individualismus wie im Kollektivismus wirksamen Versuchung zur Vereinseitigung des Menschenbildes. Dieses Beharren auf dem ungeteilten, christlichen Menschenbild hat aus Versöhnungswerk der Sozialen Marktwirtschaft möglich gemacht. ...“

Zu seiner „sozialpolitischen Gemeinde“ gehören auch die Unionsparteien, also müssen auch sie sich mit seinem Maß messen lassen, und er hat uns wissen lassen, was das bedeutet. Es bedeutet die Selbstverpflichtung zu einer Politik aus christlicher Verantwortung. Politik aus christlicher Verantwortung im weltlichen Staat heißt: die naturrechtlichen Postulate von Solidarität und Subsidiarität politisch aufzunehmen und aus ihnen Grundregeln des tatsächlichen Zusammenlebens der Menschen zu formen. Soziale Gerechtigkeit zu fördern, zu menschlicher Solidarität beizutragen und aktive Subsidiarität durchzusetzen – das sind die Prüfsteine für das „C“ im Namen der CDU. ...“

Zum 99. Geburtstag des katholischen Sozialwissenschaftlers Oswald von Nell-Breuning am 8. März 1989 schrieb der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, für das Buch „Unbeugsam für den Menschen“ einen Beitrag unter der Überschrift „Förderer sozialen Friedens“, den wir hier in Auszügen veröffentlichen.

Ortsbestimmungen. Anmerkungen zur Geschichte Evangelischer Akademiearbeit

Fritz Erich Anhelm

Am 11. Januar 1989 starb, 82 Jahre alt, D. Dr. Eberhard Müller in Heidelberg. Die Lebensleistung dieses Mannes zu würdigen, führt in fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Dienstes der evangelischen Kirche, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden. Wo immer er sich engagierte, formten sich Institutionen, die Kirche und Welt im Dialog aufeinander zu beziehen versuchten. Sein stärkstes Engagement galt den Evangelischen Akademien. Er war einer ihrer bedeutendsten Gründungsväter und langjähriger Vorsitzender des Leiterkreises, des Zusammenschlusses der 14 Evangelischen Akademien. Fünfundzwanzig Jahre ihrer vierzigjährigen Geschichte hat er aktiv mitgeformt. Darüber hinaus trug er zur Gründung zahlreicher ähnlicher Einrichtungen in der weltweiten Ökumene bei. Der Respekt vor dieser Leistung soll Anlaß sein, die Geschichte Evangelischer Akademien reflektierend zu bedenken.

Ausgangssituation

Über die Anfänge der Akademiearbeit gibt es eine Fülle von Literatur, die sich auf konzeptionelle Überlegungen und erste praktische Schritte bezieht. Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus verlangte geradezu nach der Herausbildung von Institutionen, die in der Lage waren, tragfähige Integrationsmuster für die Nachkriegsgesellschaft zu erarbeiten und zu erproben. Darin lag auch die Chance der Idee, Menschen an einem „Dritten Ort“ ohne den Entscheidungszwang des täglichen Geschäftes zu Gesprächen und konfrontierendem Denken – wie Müller schrieb – zusammenzuführen. Daß diese Gespräche „im Lichte des Evangeliums“ stehen sollten – so die Präambel der Satzung des 1947 gegründeten Leiterkreises –, ergab sich dabei nicht nur aus der persönlichen Orientierung ihrer Initiatoren, sondern auch aus der wiedererwarteten Erwartungshaltung an die Kirchen, mit ihrer Autorität zur Reorganisation und Legitimation der neuen Institutionen in Gesellschaft und Staat beizutragen.

Auch kirchlicherseits war das Klima günstig. Nach der Stuttgarter Schulderklärung kehrten die deutschen Kirchen in die ökumenische Gemeinschaft zurück und nahmen die ökumenische Diskussion wieder auf. Diese konzentrierte sich, angestoßen von der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen, vor allem auf den Entwurf einer Laienbewegung, die Kirche und Welt, Glaube und Beruf miteinander verbinden wollte. Der Prototyp des hier gemein-

setzten Laien setzte sein berufliches Wissen und Ansehen für den Dienst der Kirche in der Welt ein. Aus diesem Selbstverständnis sind im Deutschland der Nachkriegszeit bedeutende Beiträge sowohl zur Neugestaltung der Sozialverhältnisse und politischen Institutionen als auch zur Beteiligung der Volkskirche an der öffentlichen Diskussion hervorgegangen.

Daß sich die Evangelischen Akademien im Vergleich zu ähnlichen Einrichtungen in den europäischen Nachbarländern in spezifischer Weise entwickelten, erklärt sich jedoch vor allem aus der „moralischen Katastrophe des Dritten Reiches“ (Akademiedenkschrift der EKD 1963). Nirgendwo sonst war das Bedürfnis nach neuen moralischen Instanzen und die Bereitschaft, sich auf sie einzulassen, so groß. Dies zeigt sich auch an der Bedeutung, die der Kirchentag – ebenfalls ein Kind dieser Konstellation – alsbald gewann.

Ein weiteres Spezifikum in der ökumenischen Landschaft war – und ist es bis heute –, daß sich die Akademien von Anfang an als Einrichtungen der Kirche empfanden, selbst da, wo sie sich als eingetragene Vereine konstituierten. Evangelische Akademien sind in der Form, in der sie sich entwickelten, nur auf dem Hintergrund der Volkskirche zu verstehen. Dennoch lag ihr Ort immer zwischen Institutionen und Bewegung. Und ihre konzeptionelle Spannung ergibt sich daraus, Forum und Faktor zugleich zu sein.

Wo sich diese Spannung auflöst, verlieren sie ihre Anziehungskraft. Denn wer nur die Tische und Stühle bereitstellt,

in der zu verhandelnden Sache aber für unzuständig erklärt, kann kaum damit rechnen, jene Verbindlichkeit ausstrahlen, die zu produktiver Auseinandersetzung einlädt.

In den späten vierziger und den fünfziger Jahren bestimmten im wesentlichen drei Felder diese Auseinandersetzung: Die Herausbildung eines demokratischen Bewußtseins, die sich mit einem starken antikommunistischen und antitotalitären Impetus verband; die Reorganisation der gesellschaftlichen und politischen Institutionen, insbesondere die Neuordnung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit und die jeweilige internationale Integration der beiden deutschen Staaten einschließlich ihrer militärpolitischen und -strategischen Konsequenzen. Tagungen und Initiativen, die von den Akademien ausgingen, setzten hier deutliche Schwerpunkte, und zwar durchaus in unterschiedlicher und keineswegs einheitlicher Parteinahme. Hinzu kam in ausgeprägter Weise der jüdisch-christliche Dialog.

Auf der Suche nach dem Proprium

Evangelische Akademien blieben auf dem Felde, das sie mit ihren gesellschaftsbezogenen Tagungen bestellten, jedoch nicht lange allein. Sie erhielten nicht nur katholische, sondern auch säkulare Partner und Konkurrenten wie etwa Parteienstiftungen und viele andere ähnliche Einrichtungen. Auch innerkirchlich institutionalisierten sich – oft aus den Akademien hervorgegangen – unabhängige – übergemeindliche Dienste mit gesellschaftsbezogenen Aufgabenbereichen. Das Verhältnis von Kirche und Welt zu bearbeiten, wurde zunehmend weniger den Akademien allein überlassen, was in einer sich ausdifferenzierenden, weiter säkularisierenden Gesellschaft und einer darauf reagierenden Volkskirche ja auch nicht verwunderlich ist. Was an den Evangelischen Akademien geschah, erschien nun gar nicht mehr so singular und eindeutig abgrenzbar.

Besonders der Ausbau der Erwachsenenbildung nach der Proklamation der Bildungskatastrophe in den sechziger Jahren zog die Akademien in seinen Sog und zwang dazu, den Ort ihrer Arbeit neu zu klären. Von Bedeutungsverlust war die Rede, und in seinem Aufsatz „Evangelische Akademien – ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zur Erwachsenenbildung“ schrieb der damalige Vorsitzende des Leiterkreises, Hans Gernot Jung, 1972 den markanten Satz: „Wer über das Proprium der Akademie jetzt immer noch keine Auskunft geben möchte, wird das nach Lage der Dinge bald überhaupt nicht mehr zu tun brauchen“.

„Und jedes Bruchstück Verständigung gleicht einer Zelle im nationalen Gewebe, die immer den Bauplan des Ganzen enthält.“

Botho Strauß

Bei der Bestimmung dieses „neuen Propriums“ bezog sich Jung auf Heinz Eduard Tödt, der 1971 in einem Vortrag zum 25jährigen Bestehen von Arnoldshain die wichtigste Aufgabe der Akademien in der „wissenschaftlichen Durchdringung anstehender Konflikte“ sah und forderte, diese Aufgabe durch die Zusammenführung der zersplitterten Spezialwissenschaften zu zielorientierten Gesprächen anzugehen. Eine ganze Reihe von Auswirkungen dieses Ansatzes finden sich in der Akademiearbeit bis heute, wie z. B. die Einrichtung von Studienkreisen, die interdisziplinäre Zusammensetzung der Studienleitungen und die Konsultationen des Leiterkreises zu Schwerpunktthemen.

Dieses Konzept hatte nicht nur eine stärkere Professionalisierung der Akademiearbeit und – wo von der Größe der Einrichtung her möglich – thematische Spezialisierung zur Folge. Es reflektierte auch den zunehmenden Einfluß, den Wissenschaft im gesellschaftlichen Leben für politische Entscheidungen gewann.

Zugleich aber nahm die Akademiearbeit in den siebziger Jahren viele methodische Elemente außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung auf. Zwar gab es neben den Offenen Tagungen schon immer eine starke Zielgruppenorientierung. Sie war in den ersten Jahren aber – dem erwähnten Laienverständnis entsprechend – an die Profession gebunden. Dieser Ansatz erweiterte sich nun um die Einbeziehung sogenannter gesellschaftlicher Randgruppen und der „Bildungsfernen“.

Der Themenwechsel, der sich gegenüber den ersten zwanzig Jahren vollzog, hat gerade dieser zweiten Phase der Akademiearbeit manchmal den Vorwurf politischer Einseitigkeit eingetragen. Die Aufnahme von Anfragen an die ersten Jahre der Republik aus der Studentenbewegung, die Diskussion um die Ostdenkschrift der EKD und später die Entspannungspolitik, das Engagement für das Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates und den Sonderfonds, der in Arnoldshain seine Konturen erhielt, die Bildungspolitik selbst mit ihrer Gesamtschul- und Curriculumdiskussion, und nicht zuletzt die beginnende Auseinandersetzung um die Kernenergie fanden ihren Niederschlag auch in der Akademiearbeit.

Es ging nun nicht mehr um Wiederaufbau und Reorganisation, sondern um die kritische Wertung des inzwischen Erreichten. Und dies wurde zu einem Grundmuster der gesellschaftlichen Diskussion, dem sich die Akademien nicht entziehen konnten und wollten. Denn die aufgeworfenen Fragen waren nicht beliebig und spiegelten nicht nur reale Probleme wider, sondern standen auch im Zentrum der generellen politischen und kirchlichen Auseinandersetzung. Auf deren kontinuierliche Reflexion, theologische Deutung, ethische Durchdringung und Abwägung ihrer praktischen Folgen ist Akademiearbeit jedoch angewiesen, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will.

Von der Kritik zum Diskurs

Neue Bewegungen bildeten sich heraus und wurden zu Trägern alternativer Politikvorstellungen. Die gesellschaftliche Diskussion polarisierte sich ent-

lang den aktuellen politischen Entscheidungsvorgängen besonders in den Bereichen Frieden, Ökologie und Risikotechnologien, innere Sicherheit und neue Informationssysteme, wirtschaftlicher Strukturwandel und Arbeitslosigkeit und schließlich auch an der Schuldenkrise der 2./3. Welt. Besonders die Fragen der Kernenergie und der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa wurden zu Kristallisationspunkten des Protestes, der die bisher bewährten gesellschaftlichen Integrationsmuster mindestens partiell in Frage stellte.

Problemlösungsangebote wiesen in ihren Wertbezügen und praktischen folgen zunehmend Unvereinbarkeiten auf. Und der politische Kompromiß geriet in Spannung zu der Bedrängnis, die von der Wucht der Probleme, den deutlicher werdenden Gefährdungen und der Betroffenheit der Sensibilisierten ausging.

Vor diesem Hintergrund versuchten die Akademien nun, einen offenen Diskurs zwischen alternativen Vorstellungen und vorherrschenden Denk- und Handlungsmustern zu stimulieren. Dabei geht es um das Arrangieren von Lernsituationen, in denen unterschiedliche, polarisierte und unvereinbare Positionen gesprächsfähig werden und bleiben und ein Prozeß möglich wird, der auf Verständigung in der Sache tendiert. Es ist der Versuch, polarisierte Positionen an einen zerstörungs- und gewaltfreien Konfliktaustrag anzunähern. Dieses Konzept steht so für die Einübung in eine demokratisch-politische



Akademie Mülheim



Protestantische Denkwerkstatt mit Tradition unter weißblauem Himmel: Evangelische Akademie Tutzing

Kultur, die sich an der Entwicklung politikfähiger und problemadäquater Lösungsstrategien bewährt.

Da kamen Militärs, wie Vertreter von Friedensinitiativen, Politiker und Friedensforscher, Befürworter alternativer Sicherheitskonzepte und Rüstungskontrollexperten zu einer Tagung zum Thema „No first use“ zusammen. Oder Staats- und Rechtsanwälte, Richter und Polizisten, Hausbesetzer und Politiker redeten über Rechtsfrieden versus sozialer Frieden und zum Eigentumsverständnis am Beispiel von Hausbesetzungen. Die Verschuldungskrise wird zum Gegenstand der Diskussion von Bankenvertretern, Entwicklungsexperten, Aktionsgruppen und Wirtschaftswissenschaftlern. In Wackersdorf treffen sich Wissenschaftler, Vertreter von Parteien, Kernenergiegegner und Verantwortliche in Energieunternehmen.

Eine gesellschaftliche Situation, in der sich Polarisierung und das Bedürfnis nach ethischer Orientierung zugleich arti-

kulieren, braucht Möglichkeiten zu kommunikativer Konfrontation.

Der Ort Evangelischer Akademien ist heute deshalb da, wo diese Übergänge bewußt vollzogen werden müssen. Dabei sind sie auf die Senibilität all derer angewiesen, die die Notwendigkeit solcher Übergänge wahrnehmen und sie zu gestalten versuchen. Dieses Angebot reicht natürlich nur soweit, wie die Beteiligten zu gehen bereit sind. Viele, die sich darauf einlassen, haben dabei erfahren, daß sich wohlfeile Feindbilder durchaus realisieren können. Sicher, auch am „Dritten Ort“ werden Interessen vertreten, Loyalitäten gewahrt, Privilegien verteidigt. Aber die Möglichkeit zur Rollendistanz ist mindestens strukturell nicht verbaut.

Sie ist Voraussetzung dafür, daß sich Orientierungsmuster und Integrationsmodelle entwickeln können, die in der Lage sind, sowohl den sachlichen Herausforderungen gerecht zu werden als auch die divergierenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte im Sinne akzeptanzfähiger Problemlösungen zu verbinden.

Der Versuch, an solchen Diskursen mitzuwirken, hat den Akademien gerade in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit eingetragen. Er reflektiert das ursprüngliche Selbstverständnis im Kontext gesellschaftlichen Wandels. Seine Orientierung gewinnt er aus der Verpflichtung auf den theologisch-ethischen Werthorizont des Evangeliums.

Anmerkung: Dr. Fritz Erich Ahnelt ist der Generalsekretär des Leiterkreises der Evangelischen Akademien in Deutschland.

Aus unserer Arbeit

Die Macht der Medien

Bonn. Die „Macht der Medien“ war das Thema der ersten großen Veranstaltung des EAK-Bezirksverbandes Mittelrhein, zu dem die Vorsitzende, **Birgit Heide**, in die Karl-Arnold-Bildungsstätte nach Bonn-Bad Godesberg eingeladen hatte. Über 150 Teilnehmer diskutierten mit dem medienpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dieter Weirich**, und **Herbert Gornik** vom Deutschlandfunk über Aufgaben des Journalismus und die Frage einer ethischen Grenzziehung. „Scheckbuchjournalismus“ und „Dementikultur“ waren Stichworte, die zu wechselseitigen Nachfragen in der vom stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden, **Peter Hintze**, geleiteten Diskussion anregten.

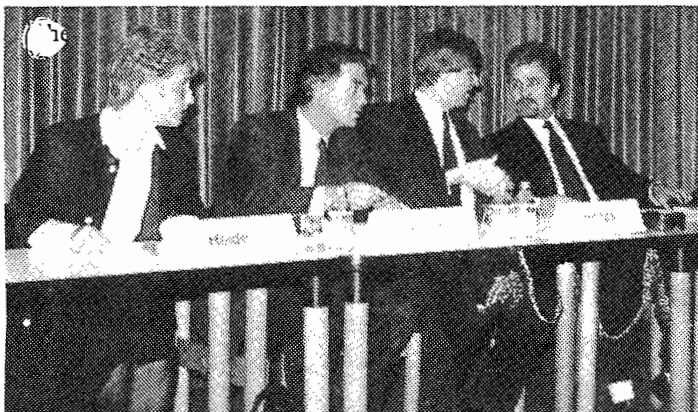
Der Vorsitzende des Bezirksverbandes der CDU-Mittelrhein, **Karl Lamers**, MdB, erinnerte zu Beginn der Veranstaltung an die Aufgabe des EAK, den Dialog in den Bereichen zu führen, wo in besonderer Weise nach den ethischen Grundlagen des Handelns zu fragen ist.

Das hohe Maß an persönlicher Betroffenheit auf Seiten der Teilnehmer unterstrich die Not-

wendigkeit der Diskussion. Leidvolle Erfahrungen ließen immer wieder nach konkreten Kriterien journalistischer Verantwortung fragen, denen der publizistische Erfolg offenbar übergeordnet wird. Allerdings gilt auch hier das Prinzip von Angebot und Nachfrage, so daß die Kritik an der Arbeit der Journalisten auch die Rückfrage an den Konsumenten verlangt: Bewußtseinsbildung muß auf beiden Seiten einsetzen.



Dieter Weirich, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Medienpolitik



von links nach rechts:
**Birgit Heide, Dieter Weirich, MdB,
Peter Hintze, Herbert A. Gornik**

Alle Mitarbeiter der
Evangelischen Verantwortung
wünschen ihren Lesern
ein frohes und gesegnetes Osterfest

Die rheinische Landeskirche im Spiegel der Zeit

Bonn. Zu einem Gesprächsabend über das Thema „Unsere rheinische Kirche nach der letzten Wahlsynode“ hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU-Kreisverbände Rhein-Sieg und Bonn den Superintendenten des Kirchenkreises Bonn, Pfarrer **Rolf Schleßmann**, und das Mitglied der rheinischen Landessynode, **Ernst Neukamp** eingeladen.

Der Superintendent stellte den über 60 Teilnehmern anschaulich die Entwicklung und die presbyteriale Gemeindestruktur der rheinischen Landessynode vor. Abschließend appellierte er daran, Kontakte innerhalb der Gemeinden zu pflegen und zu intensivieren. Die folgende lebhafteste Aussprache trug dazu bei, Entscheidungen innerhalb der rheinischen Landeskirche besser zu verstehen.

Das Erscheinungsbild der CDU

Pinneberg. Zum „politischen Abendgespräch“ des EAK im Kreis Pinneberg begrüßte der EAK-Kreisvorsitzende **Hans Bleckmann** die Bundestagsabgeordnete **Ingrid Roitzsch**.

Eine Vielzahl von Fragen wurden an Frau Roitzsch gestellt. Warum kommt die CDU in der Öffentlichkeit so schlecht an? Lassen sich die ärgerlichen Streitereien nicht vermeiden? Stimmt es zwischen der Basis und „denen da oben“ nicht und schließlich ging es um die Grundsatzfrage, was an der Politik der CDU denn noch „christlich“ sei?

Einen breiten Raum nahm die Haltung zum § 218 ein. Hier mußte sich Frau Roitzsch bohrenden Fragen stellen, die sie überzeugend beantwortete. So stellte sie klar, daß sie nicht den Schwangerschaftsabbruch bejahe. Vielmehr trete sie dafür ein, daß die materiellen Bedingungen für schwangere Frauen verbessert werden müßten. Unmißverständlich vertrat Frau Roitzsch die Auffassung, daß mit Gesetzesverschärfungen die Probleme nicht gemeistert werden könnten. Wichtiger sei, daß eine Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung und somit eine andere, positive Einstellung

zum Kind und zur Familie erreicht werde. In diesem Zusammenhang vermißt Frau Roitzsch Zeichen der evangelischen Kirche, insbesondere der Kirchenleitung der ev.-lutherischen Kirche Nordelbiens.

Vorbildliche Altenpflege

Hanau. Die sich immer noch verändernde demographische Entwicklung der Bevölkerung im Bundesgebiet mit einem ständig steigenden Anteil alter Menschen war für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU Main-Kinzig Anlaß, in einer mustergültig geführten Einrichtung – der Martin-Luther-Stiftung in Hanau – einen Einblick in praktische Altenpflege zu erhalten.

Heimleiter **Thase** führte zu Beginn in diese Problematik ein und wies darauf hin, daß 90% der alten, pflegebedürftigen Menschen durch Familienangehörige betreut würden, dabei wird für diese seit Beginn 1989 eine Entlastung im neuen Gesundheitsreformgesetz vorgesehen durch die Vermittlung einer Kurzzeitpflege.

Er wies vor allem auf den Modellcharakter – Soviel Selbstständigkeit wie möglich – soviel Hilfe wie nötig – des vor einigen Jahren fertiggestellten Ernst-Sopp-Hauses hin.

In der Diskussion wurde deutlich, daß angesichts der zunehmenden Lebenserwartung die Betreuung von alten, insbesondere von alten, behinderten Menschen eine der Hauptaufgaben künftiger Sozialpolitik sei.

Buchbesprechung

Herbert Koch: Woche ohne Sonntag? 74 Seiten. Lutherisches Verlagshaus. Hannover 1989.

Immer mehr Betriebe fordern die Einschränkung der Sonntagsruhe aus ökonomischen Gründen. Das gibt Anlaß zu fragen, warum bisher der Sonntag arbeitsfrei gehalten wurde. Manche kirchliche Stellungnahmen leiten die Pflicht zur Heiligung des Sonntags ab von der Pflicht zum Gottesdienst. Der Autor legt dar, daß dies weder biblische noch reformatorische Argumentation war. Die gemeinsame Arbeitsruhe, das Feiern im Sinne von Nichtarbeiten, ist nicht nur die Voraussetzung für den Gottesdienst und die Heiligung, sondern ist selbst schon die Feiertagsheiligung.

„Leistungsgesellschaft und Dritte Welt“

Nagold. Zum Vortragsabend des Evangelischen Arbeitskreises der CDU kamen so viele Zuhörer, daß das Nebenzimmer der Nagolder „Köhlerei“ beinahe aus den Nähten platzte. Diplom-Kaufmann Professor **Reiner Niethammer** aus Mötzingen war als Referent zum Thema „Leistungsgesellschaft und Dritte Welt“ eingeladen worden.

Niethammer hatte nahezu neun Monate lang die Projektleitung einer deutschen Firma, die in Indien Lernsysteme, vom Lehrbuch bis zur Laboreinrichtung, anbietet.

Or stellte die provokatorische Frage: „Warum hochmoderne Technologie, die sogenannte HighTech, nach Indien?“ High-Tech in ein Land, in dem ganz deutlich der Produktionsfaktor „Arbeit“ dominierend sei? Gerade auch dorthin, so Professor Niethammer, müsse solche Technologie exportiert werden, weil die Bevölkerungsexplosion (man rechnet im Jahre 2000 mit etwa 1,2 Milliarden Einwohnern auf diesem Subkontinent) auch mit drastischen staatlichen Maßnahmen nicht in Griff zu bekommen sei. Der Einsatz neuester Technologie biete die Chance, daß auch Entwicklungsländer zu Weltmarktpreisen exportieren könnten. „Nur wenn das Produktionswachstum mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, wird sich die dortige schwierige Situation nicht verschlechtern“, meinte der Referent.

Ulrich Eißler bedankte sich beim Referenten und allen Besuchern. Der Evangelische Arbeitskreis wird sich auch künftig mit diesem brennenden Thema beschäftigen.

Was hält die Welt im Innersten zusammen?

Friedrichshafen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU beschäftigte sich jüngst in Friedrichshafen mit der uralten und immer neuen Frage nach dem, „was die Welt im Innersten zusammenhält“.

Chal Schuldekan **Zückler** stellte anschaulich dar, daß Denkgewohnheiten in Kausalzusammenhängen begründet liegen, wie sie seit dem 15./16. Jh. in

verschiedenen Wissensgebieten entdeckt worden waren. Diese Entwicklung mündete in die Emanzipation der Naturwissenschaften von der Religion bis hin zum sogenannten wissenschaftlichen Atheismus materialistischer Prägung. Spätestens mit der Entdeckung des kausal nicht mehr erklärbaren Atomzerfalls wurde dieses Weltbild überholt. Damit ergaben sich neue Gesprächsmöglichkeiten zwischen Naturwissenschaft und Religion.

Am Beispiel der Erklärung des Lichtes als Wellenbewegung oder Teilchenstrahl stellte Zückler dar, wie im Raum der Quantentheorie zwei sich widersprechende Tatsachen komplementär zu einem Ganzen gehören.

Nun aber ist Christus von den Toten auferstanden als Erstling derer, die entschlafen sind. Denn da durch einen Menschen der Tod gekommen ist, so kommt auch durch einen Menschen die Auferstehung der Toten.
(1. Kor. 15, 20–21)

Die sich daraus ergebende komplementäre Denkweise läßt auch manche widersprüchliche Aussagen im Bereich des Glaubens verstehbar werden, wie beispielsweise die Rede vom einerseits gerechten und andererseits barmherzigen Gott.

Eine lebhaft diskutierte entwickelte sich dann im Zusammenhang mit der Frage „was die Welt im Innersten zusammenhält“. Dieser Frage, die von alters her zum Wesen des Menschen gehörte und vorrangig auch die Theologie bewegt, geht in der Neuzeit in geradezu aufregender Weise die Hochenergie und Mikrophysik nach.

Aktionen gegen Arbeitslosigkeit gefordert

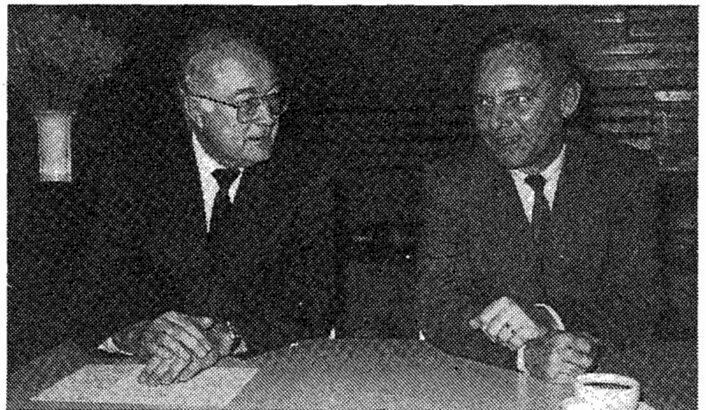
Enkenbach-Alsenborn. Die politischen Prioritäten sollten stärker zugunsten eines Abbaus der Arbeitslosigkeit verschoben werden. Das forderte der Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz/Saarland, **Fritz Linneweber**, in der Evangelischen Akademie der pfälzischen Landeskirche in Enkenbach-Alsenborn.

Linneweber kritisierte, daß die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschnitten wurde. Um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sei eine gesamtgesellschaftliche Solidarität gegenüber Arbeitslosen nötig, meinte der Präsident.

Bei der Akademieveranstaltung unter der Frage „Was heißt sozial?“ setzte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete **Heribert Scharrenbroich** für eine Erhöhung des Erziehungsgeldes und eine Ausweitung des Erziehungsurlaubs mit Beschäftigungsgarantie ein.

Nach der Meinung des Bundesgeschäftsführers des Wirtschaftsrates der CDU, **Rüdiger von Voss**, „frißt diese Generation die Zukunft auf“, da sie der nächsten Generation eine zu große Schuldenlast hinterlasse. Es sei zwar kein Abbau des Sozialstaates angestrebt, so der Bundesgeschäftsführer, aber ein Umbau und Korrekturen.

Der pfälzische Landesdiakoniepfarrer **Eberhard Cherdron** warnte vor „Entsolidarisierungsrufen“ und hob die Bedeutung hervor, die der Solidargemeinschaft zur Absicherung der Lebensrisiken zukomme.



Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble und Albrecht Martin

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, **Otto Fichtner**, muß in Bereichen wie der Gesundheits- oder Altersvorsorge neu ausbalanciert werden, „was der Einzelne und was die Gemeinschaft tragen soll“.

Grundsätzliche Überlegungen zum Tagungsthema trugen die Professoren **Bernd Guggenberger** aus Berlin, **Wilhelm Korff** aus München sowie Theo-

dor Strohm und **Felix von Cube** aus Heidelberg bei. Dabei hob Corff die Personalität des Menschen und die weltweite Bedeutung der Menschenrechte hervor. Die Evangelische Akademie der Pfalz hat die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU durchgeführt.

Pazifismus nicht geeignet zur Friedenssicherung

Mülheim/Ruhr. Gegen die Ausgrenzung von Christdemokraten aus der evangelischen Kirche hat sich Kanzleramtsminister **Wolfgang Schäuble** gewandt. Wer aus der Friedens- und Abrüstungsproblematik eine religiöse Bekenntnisfrage mache, neige in der geistigen Konsequenz zu einer antidemokratischen und totalitären Haltung, sagte der Unionspolitiker bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in und mit der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr.

Der Minister sprach sich zum Thema „Wieviel Ordnung braucht der Mensch?“ für Wirtschaftswachstum, gegen den Raubbau der Natur und für

schärfere Kontrollen beim Export von hochsensiblen Produkten aus der Bundesrepublik aus. Demokratische Politik habe immer die Balance zwischen Freiheit und Ordnung einzuhalten, sie müsse sich von rationaler Vernunft und nicht von Werterelevantismus und von Emotionalität leiten lassen. Zuviel Ordnung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich hält Schäuble für schädlich, weil sie zur Erstarrung und zur Schwächung der Eigenverantwortung führen können.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Unsere Autoren:

Dr. Gerhard Weiser, MdL
Minister für den ländlichen
Raum, Ernährung, Landwirt-
schaft und Forsten
Weinbergstraße 7
6901 Mauer

Werner Steinjan
Schüllerweg 10
5300 Bonn 2

Prof. Dr. Christian Salzmann
Goerdelerstraße 2
4500 Osnabrück

Michael Hartmut Franz
Luxemburger Str. 124-136
5000 Köln 41

Prof. Dr. Rolf Kramer
Bundesratufer 4
1000 Berlin 21

Gerhard Rödding
Am Depenbrockshof 48
4800 Bielefeld 16

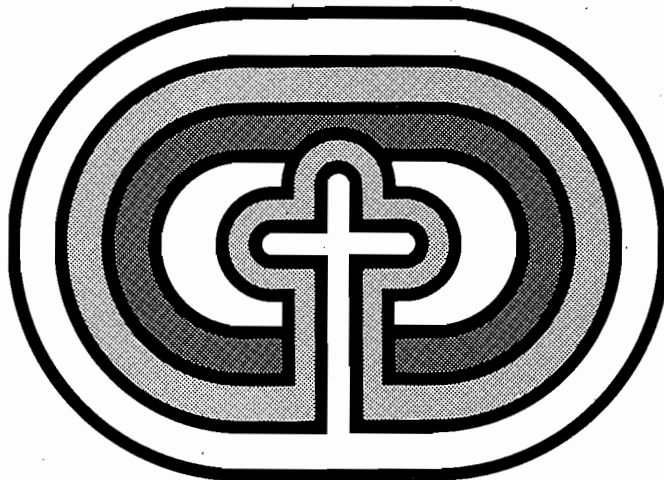
Staatsminister
Albrecht Martin, MdL
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Dr. Volkmar Köhler
Parlamentarischer Staats-
sekretär BMZ
Karl-Marx-Straße 4-6
5300 Bonn 1

Dr. Fritz Erich Anhelm
Leiterkreis der Evangeli-
schen Akademien in
Deutschland e.V.
7325 Bad Boll

GEMEINDETAG UNTER DEM WORT

25. Mai 1989: Stuttgart, Neckarstadion



„Aufsehen zu Jesus“ ist das Thema des Gemeindetages unter dem Wort am 25. Mai 1989 im Stuttgarter Neckarstadion. Für Bekanntmachungen und Einladungen für diesen vom Ludwig-Hofacker-Kreis e.V. in Württemberg veranstalteten Gemeindegtag ist jetzt ein vierseitiger Vorankündigungsprospekt erschienen, der die Motivation zur Einladung für diesen Tag deutlich macht.

Prospekte erhältlich beim Vorbereitungsbüro,
Stützenburgstraße 7, 7000 Stuttgart 1

Aus dem Inhalt:

Diakonie heute – christliche Verantwortung in gesellschaftlicher Vielfalt	1
Wohin mit der Sozialpolitik?	2
Verplanter Mensch und doch frei	4
Die Rentenversicherung hat Zukunft	6
Das Verständnis von Arbeit und Ruhe in der Bibel	9
Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen	8
Die politische Kraft der Mitte	9
Protestantische Profile: Dr. Volkmar Köhler	10
Ortsbestimmungen. Anmerkungen zur Geschichte Evangelischer Akademiearbeit	11
Aus unserer Arbeit	14